Nr. 33.

Die Presse.

36. Jahrg.

Ostmärkische Tageszeitung Anzeiger für Stadt und Land.

(Thorner Presse)

Ausgabe täglich abends, ausschließlich der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis bei den kaiserl. Reichs-Postämtern vierteljährlich 3,25 Mk., monatlich 1,09 Mk. ohne Zustellungsgebühr; für Thorn Stadt und Vorstädte, von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., ins Haus gebracht vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,20 Mk. Einzelexemplar (Belagblatt) 10 Pfg.

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., für Stellenangebote und -Gesuche, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 15 Pf., (für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen außerhalb Westpreußens und Posens und durch Vermittlung 20 Pf.,) für Anzeigen mit Platzvorschrift 25 Pf. Im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pf. — Anzeigenaufträge nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungsstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle bis 10 Uhr vormittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinenstraße Nr. 4.
Fernsprecher 57.
Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn."

Thorn, Freitag den 8. Februar 1918.

Druck und Verlag der C. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinr. Wartmann in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Der Weltkrieg.

Schwerwiegende Entscheidungen in Ost und West.

stehen bevor. Der **oberste Kriegsrat in Versailles** hat gesprochen. Die Entente gibt ihre Sache noch nicht verloren, weil sie noch ihren letzten Trumpf, die amerikanische Hilfe, in der Hand hält und außerdem auf den inneren Zusammenbruch der Mittelmächte hofft. Fast schien es, als ob durch die Reden des Reichskanzlers Grafen von Hertling und des Grafen Czernin ein Weg zur Annäherung eröffnet wordn sei. Präsident Wilson zeigte sich wenigstens zu einer Antwort darauf geneigt, auch Lloyd George fand mildere Töne; aber der oberste Kriegsrat unter dem Vorsitz des grimmigen und unversöhnlichen Clemenceau hat wieder anders entschieden. Die Entente, die sich in Wahrheit noch immer nicht des Sieges rühmen darf, ja sogar nach dem entscheidenden Urteil unserer militärischen Autoritäten weiter denn je davon entfernt ist, spricht gleichwohl nach wie vor im Tone des Siegers und möchte uns die Friedensbedingungen diktieren, die sie zwar, um sich das moralische Mäntelchen umzuhängen, „gemäßigt" nennt, die aber auf politische und wirtschaftliche Zerstückelung und Erdrosselung der Mittelmächte hinauslaufen und gerade die imperialistischen Gelüste, die sie selbst hat, durch gewaltsame Eroberungen sättigen sollen. Von Seiten der Mittelmächte ist wiederholt der Weg zur Verständigung gezeigt worden, aber der oberste Kriegsrat in Versailles hat uns von neuem belehrt, daß wir nur durch einen vollen Sieg zum Frieden mit diesen Feinden gelangen können. Sei's drum, wir sind auch auf diese Lage gefaßt und gerüstet. Der oberste Kriegsrat der Entente hat wenigstens eine volle Klärung gebracht.

Gleichzeitig mehren sich die Anzeichen, daß die Dinge auch **in Brest-Litowsk zur Entscheidung** drängen. Auch dort ist klar geworden, daß in der bisherigen Verhandlungsweise mit Herrn Trotzki nicht zum Ende zu kommen ist. Graf Czernin hat ihn darüber belehrt, daß die Mittelmächte nicht dorthin gekommen sind, um einen geistigen Ringkampf aufzuführen. Wir wollen und können nicht auf Herrn Trotzki warten; er hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn wir ihn schließlich am Verhandlungstisch allein lassen. Mag Nord-Rußland auf der schiefen Ebene seiner Zerrüttung unter der Gewaltherrschaft der Bolschewiki weiter hinabgleiten, umso aussichtsvoller sind für uns die Verhandlungen mit der Ukraine und vielleicht auch mit Rumänien. Jedenfalls müssen die Mittelmächte Wert darauf legen, daß die Ostfragen baldigst geklärt werden. Im Westen steht der Entscheidungskampf mit den Waffen bevor. Wir sind des Sieges unserer kampferprobten Heere sicher, aber diese Sicherheit liegt letzten Endes doch nur darin, daß unser ganzes Volk einig und geschlossen den Kampf durchhält, daß nicht Teile des Volkes in der Heimat sich dazu verführen lassen, unsere Brüder in der Kampffront verräterisch imstich zu lassen. **Jede Minute ist jetzt kostbar, jeder Arm unentbehrlich.** Das möge sich unsere Arbeiterschaft gesagt sein lassen, die jetzt auch darüber belehrt sein muß, daß die Trotzkische Taktik das Friedenswerk erschwert und verhindert, statt es zu fördern.

Die Kämpfe im Westen.

Deutscher Abend-Bericht.

W. T.-B. meldet amtlich:

Berlin, 6. Februar, abends.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Französischer Heeresbericht.

Der amtliche französische Heeresbericht vom 5. Februar abends lautet: Ziemlich lebhafter Artilleriekampf in der Gegend der Höhe 344 und auf dem rechten Maasufer, zeitweilig unterbrochenes Geschützfeuer auf der übrigen Front.

Englischer Bericht.

Der englische Heeresbericht vom 5. Februar abends lautet: In der vergangenen Nacht unternahm der Feind eine Streife gegen einen unserer Posten in der Nähe der Straße Bapaume—Cambrai. Ein Mann wird vermißt. Während des letzten Teiles der Nacht und am frühen Morgen entwickelte die feindliche Artillerie an verschiedenen Stellen starke Tätigkeit südlich von Marcoing und nördlich der Straße Bapaume—Cambrai. Nördlich von Lens und nordöstlich von Ypern entwickelte der Feind ebenfalls eine stärkere Tätigkeit.

Amtlicher deutscher Heeresbericht.

Berlin, 7. Februar. (W.-T.-B.)

Großes Hauptquartier, 7. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Nahe an der Küste am Nachmittag Artilleriekampf. Von einem Vorstoß westlich von Zandvoorde und aus Vorfeldkämpfen im Artois brachten Infanterieabteilungen Gefangene ein. Englische Artillerie war am Abend zu beiden Seiten der Scarpe und westlich von Cambrai wieder tätig. Ein französischer Vorstoß in der Champagne scheiterte. Im Maasgebiet hielt Artillerietätigkeit im Anschluß an eine südwestlich von Ornes erfolgreich durchgeführte Erkundung tagsüber an.

Vizefeldwebel Eßweil schoß in den letzten drei Tagen 6 feindliche Flugzeuge ab.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts neues.

Der Erste General-Quartiermeister: Ludendorff.

Foch — der Entente-Hindenburg?

Die französische Presse hebt bei Besprechung der interalliierten Konferenz mit auffallendem Nachdruck die Tätigeit des Generals Foch hervor, sodaß sich annehmen läßt, Foch sei der Oberleiter der zukünftigen Operationen. „Echo de Paris" betont, das Werk Fochs habe auf der Konferenz die höchste Würdigung gefunden. Die Alliierten marschierten jetzt unter einem einheitlichen Impuls.

Die britischen Verluste im Jahre 1917.

Dem "Amsterdamer „Allgemeen Handelsblad zufolge schreibt Lovat Frather in einem offenen Brief an den Staatssekretär für den Krieg, der in der „Daily Mail" veröffentlicht wird, der britische Generalstab habe jetzt zugegeben, daß die britischen Verluste im vorigen Jahre allein **900 000 Mann** betragen haben.

Die Amerikaner an der Westfront.

Nacht einer Meldung aus Newyork teilt Kriegsminister Baker mit, daß amerikanische Truppen nunmehr einen Abschnitt an der Westfront besetzt haben.

Die Bombenschäden in Paris.

Der Mailänder „Secolo" meldet aus Paris: Der durch den Luftangriff auf Paris angerichtete Schaden wird vorsichtig mit über **15 Millionen** Franken bezeichnet. In Paris und in der Bannmeile von Paris sind 72 Häuser vollständig oder teilweise zeerstört und mehr als 150 beschädigt. „Daily Mail" meldet aus Paris: Die Bomben bei dem letzten Luftangriff sind nicht wohllos geworfen, sondern die Flieger handelten nach einem bestimmten Plan. Ihr Ziel war die Erreichung der inneren Stadt mit den vielen Regierungsgebäuden, um Verwirrung und Schrecken in das Pariser Volk zu tragen. Man muß sagen, daß sie ihr letztes Ziel leider erreicht haben.

Ohnmächtige Wut.

Die Überreste eines bei **Virey** abgeschossenen deutschen Flugzeuges wurden beim Transport durch Paris von einer wütenden Menge beinahe vollkommen zerstört. Erst nach dem Aufgebot einer größeren Polizeiabteilung konnten die Überreste nach dem Bestimmungsort abgeführt werden.

Pariser Schutzmaßnahmen.

Wie dem „Berl. Lokalanz." aus Genf berichtet wird, werden in allen Bezirken in Paris und der Bannmeile durch Maueranschlag die bombensicheren Räume angegeben, die Tag und Nacht Zufluchtssuchenden offen stehen. Die Pariser Straßenbeleuchtung erfährt wesentliche Einschränkungen.

Der italienische Krieg.

Der österreichische Tagesbericht

vom 6. Februar meldet vom:

italienischen Kriegsschauplatze:

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Italienischer Heeresbericht.

Der amtliche italienische Heeresbericht vom 5. Februar lautet: An der ganzen Front unregelmäßige Artillerietätigkeit und andauernde und lebhafte Fliegertätigkeit. Gestern wurden 13 feindliche Flugzeuge abgeschossen. In der Nacht bewarfen unsere Flugzeuge Militärzüge auf der Bahn Conegliano—Casarra. Padua wurde heute vor Tagesanbruch von Neuem angegriffen. Die feindlichen Flieger warfen Bomben in den Mittelpunkt der Stadt, richteten Schaden an Fabriken an und verwundeten einige Personen.

Vom Balkan-Kriegsschauplatz.

Bulgarischer Heeresbericht.

Der bulgarische Generalstab meldet vom 4. Februar von der

mazedonischen Front:

Im Cernabogen, in der Moglenagegend und an mehreren Stellen zwischen Vardar und Dojransee war die Artillerietätigkeit zeitweilig lebhafter. Auf der übrigen Front mäßige Artillerietätigkeit. Östlich vom Vardar verjagten wir durch Feuer eine starke englische Patrouille.

Der türkische Krieg.

Türkischer Heeresbericht.

Der amtliche türkische Heeresbericht vom 5. Februar lautet: Keinerlei Ereignisse von Bedeutung.

Die Kämpfe zur See.

Neue U-Boot-Beute.

W. T.-B. meldet amtlich:

Im **Aermel-Kanal** fielen unsern rastlos tätigen U-Booten **fünf Dampfer, ein Segler** und **ein englisches Fischerfahrzeug** zum Opfer. Die Dampfer waren fast durchweg tief beladen. Einer von ihnen wurde auf dem Wege nach Cherbourg aus starker Fischdampfersicherung herausgeschossen und hatte offenbar Kriegsmaterial geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Verlust eines dänischen Schiffes.

Der „Maasbode" meldet: Der dänische Segler „Urda" ist auf See verlassen worden.

Zur Versenkung der „Warthistle".

Im **Unterhause interpellierte** der Großreeder **Houston** die Regierung, ob es richtig sei, daß der neue Dampfer „Warthistle" (5166 Br. R.-T.) versenkt worden sei, und ob es auch richtig sei, daß dieser **eines der neuerbauten Modell-Schiffe war.** Der **Unterstaatssekretär** antwortete auf seine Fragen bejahend, aber es sei gerade befriedigend, daß das Schiff trotz der schweren Beschädigung sich schwimmend erhalten habe und den Hafen erreichen konnte.

Feindliche Menschenverluste durch U-Boote und Flugzeuge.

Bonar Law antwortete im **Unterhause** auf eine Frage, es seien **im ganzen 14 120** am Kriege unbeteiligte Männer, Frauen und Kinder durch deutsche Unterseeboote und Flugzeuge getötet worden. Von den Deutschen seien keine Berichte über die Tötung von am Kriege Unbeteiligten infolge kriegerischer Handlungen der Alliierten veröffentlicht worden.

Der verkannte Walfisch.

In dem **Brester Hafen** wurde ein Walfisch eingebracht, der irrtümlicherweise für ein **U-Boot** gehalten und **durch zwei Torpedoschüsse getötet** worden war.

Deutsche U-Boote an der westafrikanischen Küste.

Britische Fahrzeuge, die aus Dokker in Westafrika in England eingetroffen sind, melden die Anwesenheit deutscher U-Boote von etwa 2000 Tonnen, also richtige U-Bootskreuzer, in den Meeren um die **Kap Verdischen Inseln**, um die **Kanarischen Inseln**, auf **Madeira**, an der **Dokker-Küste** und in der Nähe von **Marokko.**

Beabsichtigte Bildung einer philippinischen Flotte.

Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanz." aus dem Haag hat das **Parlament der Philippinen** einen Vorschlag angenommen, den Vereinigten Staaten **ein U-Boot und einen Toorpedojäger** zum Geschenk zu machen, um den Vereinigten Staaten einen Beweis der Gesinnung der Philippinen zu geben. Später sollen diese beiden Schiffe als **Kern einer zu bildenden philippinischen Flotte dienen.**

Die neue Verhandlungsphase in Brest-Litowsk.

Die heute Vormittag wieder begonnenen Verhandlungen in Brest-Litowsk, die, wie bereits gestern betont, infolge der Wendung der Dinge nach der Anerkennung der Ukraine durch die Mittelmächte einerseits und Trotzkis Verschleppungstaktik andererseits in eine neue Phase treten werden, um endlich auf die eine oder die andere Weise zum Ziele zu kommen, bilden den Gegenstand lebhafter Blätterbesprechungen. Mit Spannung, aber ruhiger Erwartung sieht das deutsche Volk, so schreibt die **„Nordd. Allg. Ztg."**, auf den Wiederbeginn der Verhandungen. Unsere Diplomaten haben bis jetzt Herrn Trotzki äußerste Geduld und weitestes Entgegenkommen bewiesen, um den Russen Gelegenheit zu geben, durch einen Frieden der Versöhnung und Verständigung auf dem Wege des Kompromisses zu einer für beide Länder befriedigenden Lösung zu kommen. Die bisherigen Verhandlungen und der begleitende Chorus der russischen Funksprüche zeigen nicht, daß die Russen dieses Entgegenkommen und diese Geduld zu würdigen verstanden hätten. Ein Gipfelpunkt der Entstellung ist es, wenn Trotzki jetzt nach Petersburg telegraphiert hat, daß **die Deutschen die Verhandlungen verschleppen.** Aus dem Gang der Dinge in den letzten Tagen scheint der **„Germania"** eines mit Sicherheit hervorzugehen: Die schöne Rechnung der Herren Trotzki und Genossen hat sich **mehr als lückenhaft** erwiesen. Sie werden sich sputen und **ihre Taktik gründlich revidieren** müssen, wenn sie den Anschluß nicht verpassen wollen. Die **„Volksztg."** schreibt: Daß es zu einem Abschluß **mit Trotzki** kommen wird, ist **äußerst fraglich.** Es ist nicht zu erwarten, daß die Mittelmächte die besetzten Gebiete im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker den sengenden, brennenden und raubenden Maximalistenhorden ausliefern werden, von denen der nichtbesetzte Teil von Esthland jetzt so Unsägliches zu leiden hat, umso weniger, als der Widerstand gegen die Maximalisten bei den Grenzvölkern immer stärker wird. Im **„Berl. Lokalanz."** heißt es zum Schluß eines Artikels über den Streik und den Osten: Wenn wir in den nächsten Tagen von **folgenschweren Entschlüssen** hören sollten, die für den Osten gefaßt worden sind, so haben wir darin die **überaus schädlichen Wirkungen des Streiks** in Österreich und Deutschland zu sehen. Das sollten sich die merken, die dabei waren, und das sollten sich auch die ordentlichen Arbeiter merken, die nicht dabei waren. Sie werden gut daran tun, künftig ihren ganzen Einfluß auf die Jugendlichen und auf die Hetzer mit dem notwendigen Nachdruck zur Geltung zu bringen.

Mehrheitsparteien und Sozialdemokratie.

Wie die „Voss. Ztg." meldet, hat am Dienstag eine **interfraktionelle Besprechung** der Mehrheit

des Reichstages, vor allem über die innerpolitische Fragen stattgefunden. Sie werde voraussichtlich am Ende der Woche fortgesetzt werden. Vertreter der nationalliberalen Fraktion hatten an dieser Besprechung nicht teilgenommen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat gleichfalls am Dienstag zu einer Sitzung zusammen, um wie der „Vorwärts" sagt, zu den Vorgängen der letzten Tage Stellung zu nehmen. Die Sitzung war sehr stark besucht. Genosse Scheidemann habe einen anschaulichen Bericht erstattet, insbesondere über die Maßnahmen, die vom Parteivorstande ergriffen wurden. An diesen Bericht habe sich eine rege Aussprache angeschlossen, die damit endete, daß die Fraktion einstimmig dem Beschluß des Parteiausschusses vom 30. Januar beitrat.

Zum Widerbeginn der interfraktionellen Fühlungen schreibt die „Germania": Den Anlaß werde man auf außerpolitischem Gebiet zu suchen haben. Die wichtigste und aktuellste Frage sei sicherlich der unmittelbar bevorstehende Friedensschluß mit der Ukraine. In zweiter Linie dürften die neuen Verhandlungen mit rumänischen Truppenteilen über die Verlängerung des am 13. Dezember abgeschlossenen Waffenstillstandes den Anlaß zu Erörterungen geboten haben. Alle Probleme der rumänischen Politik würden neu aufgewühlt. Keines der am Kriege beteiligten Völker habe eine solche jähe und fürchterliche Niederlage erlitten, wie das treubrüchige Rumänien, nachdem es der Politik und Tradition seines bedeutenden Königs Karol untreu geworden war.

Trotzki reist nach Petersburg.

Wie die „Prawda" berichtet, werde Trotzki in den nächsten Tagen vorübergehend wieder in Petersburg wieder erwartet, um an sehr wichtigen Beratungen der Kongresse der Semstwoverbände teilzunehmen.

Unterbrechung der telegraphischen Verbindungen.

Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, sind die direkten telegraphischen Verbindungen mit Brest-Litowsk seit vier Tagen unterbrochen. Bisher sei keine amtliche Meldung über die Friedensverhandlungen veröffentlicht worden.

Polen und Brest-Litowsk.

Die in Lublin erscheinende Zeitung „Glos Lubelski" vom 2. 2. bringt ein Communiqué des Interparteilichen Klubs, der die oppositionellen Kreise Polens unter nationaldemokratischer Führung vereinigt, zum Abdruck, in welchem u. a. folgendes festgestellt wird: Die Behauptung der deutschen Abordnung in Brest-Litowsk, das polnische Volk hätte sich im Streben nach der Bildung eines unabhängigen polnischen Staates schon entschieden und sich allgemein für die Lostrennung des Königreiches Polen von Rußland ausgesprochen, entspricht der strikten Wahrheit. Diese tatsächliche Lage ist vollständig unbestritten und jene Forderungen können auch durch die vorläufig gebildeten Staatskörperschaften vertreten werden.

Der unbedingte Friedenswunsch der russischen Soldaten.

„Times" veröffentlicht am 29. 1. einen Brief ihres Korrespondenten in Jassy, in dem es heißt: Soviel ist klar, daß, ganz gleich, was die russische Regierung beschließen mag, die russischen Soldaten, zumindest an dieser Front, niemals wieder kämpfen werden. Für sie sind Kerenski, Lenin usw. die rechten Männer, solange sie für den Frieden sprechen. Sobald sie aber versuchen, die Soldaten wieder zum Kampfe zu bringen, ist ihre Popularität vorüber. Dann ist der nächste „deus ex machine" der rechte Mann; aber natürlich nur solange, wie er gegen das Kämpfen ist.

Politische Tagesschau.

Die nächste Sitzung des Reichstags

findet am Dienstag, 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen Anfragen und Petitionsberichte.

Zum Vorsitzer der badischen Zweiten Kammer wurde anstelle des zum Oberlandesgerichtspräsidenten ernannten Dr. Zehnter der Freiburger Rechtsanwalt Kopf (Ztr.) einstimmig gewählt.

Ueber die Verhandlungen des Grafen Czernin in Berlin

berichtet die „Nordd. Allg. Ztg." folgendes: Anläßlich des Aufenthalts des k. u. k. Ministers des Äußern, Grafen Czernin, in Berlin kamen in wiederholten Gesprächen mit den leitenden deutschen Stellen alle laufenden politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten — insbesondere die Ernährungsfrage — zur Diskussion, wobei in jeder Hinsicht vollstes Einvernehmen festgestellt werden konnte.

Polnisches.

Die Wiener „Neue Freie Presse" meldet aus Lemberg: Zur Unterstützung einer austro-polnischen Lösung der polnischen Frage und der Einleitung der politischen Agitation für die Vereinigung Galiziens mit dem zu bildenden polnischen Staate versammelten sich gestern im großen Rathaussaal etwa 500 Delegierte der in Krakau, Stanislau, Tarnopol und in anderen galizischen Städten jüngst entstandenen Klubs der nationalen Arbeit. In der Versammlung waren außer den Demokraten und der nationalsozialen Gruppe am stärksten der polnische Adel und der ostgalizische Großgrundbesitz vertreten. Der Vorsitzer, der Obmann der demokratischen Partei, Landesausschuß Dr. Stahl erklärte, daß alle Polen an dem Ausbau des selbständigen unabhängigen polnischen Staates mitzuwirken verpflichtet seien. Als geeignetste Lösung des Programms erscheine die Vereinigung Galiziens mit dem in der Bildung begriffenen polnischen Staat, den man sich ohne Lemberg und Krakau unmöglich denken könne. Graf Ronikier sprach im Namen der polnischen Zentrumsgruppe des Königreichs Polen die Zustimmung zu diesem Programm aus. Sodann sprachen das Herrenhausmitglied Dr. Rutowski, namens der Lemberger Stadtvertretung Graf Bilinski, worauf das Herrenhausmitglied Dr. Stavczinski den Bericht über das politische Programm erstattete. Bankdirektor Dwernicki wandte sich gegen den politischen Nihilismus gewisser polnischer Truppen. Graf Mycielski teilte mit, daß der polnische Episkopat die Unterstützung des Parteiprogramms durch die polnische Geistlichkeit in Aussicht gestellt habe. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der es als heilige Pflicht bezeichnet wird, den Ausbau des vollständigen und unabhängigen polnischen Staates mit allen Mitteln zu unterstützen und auszugestalten, sowie sich für die Angliederung von ganz Galizien an den polnischen Staat mit Kaiser Karl und dessen Dynastie auf den „Allerheiligsten Thron Polens" zu erklären. In einer zweiten Resolution sprach sich die Versammlung für die Schaffung einer starken Wehrmacht auf Grundlage einer auf die allgemeine Wehrpflicht gestützten Armee aus. Der Rest des Berichts wurde von der österreichischen Zensur gestrichen.

Der Versailler Kriegsrat.

Auf eine Anfrage von Asquith im Unterhause erklärte Bonar Law, mit Rücksicht auf wichtige militärische Interessen sei es unmöglich, um dem Feind nicht wertvolle Einblicke zu geben, weitere Einzelheiten über den Tätigkeitsbereich des Versailler Kriegsrats zu geben. Ein Oberbefehlshaber sei nicht ernannt worden.

Englische Kriegsmüdigkeit.

Das bekannte Blatt „Spectator" ist voller Besorgnis über die Kriegsmüdigkeit des englischen Volkes und fordert die starken Männer auf, den Kopf oben zu behalten und dahin zu wirken, daß die führenden Politiker dem Leiden und Stöhnen des Volkes nicht nachgeben. „Wenn ein Arzt anscheinend nicht genug seelische oder körperliche Kräfte hat, am Patienten seine Pflicht zu tun, so muß man ihn entweder dazu zwingen oder das Messer aus seinen kraftlosen und ungeschickten Händen nehmen und einem anderen geben." — „Daily News" mahnt, einen Frieden durch Unterhandlungen einem solchen durch Sieg vorzuziehen. Die Fortsetzung des Krieges bringe Verluste von Millionen, Hungersnot und steigende Unzufriedenheit. Die Minister hätten weder von der Kriegführung noch vom Friedensschluß einen Begriff. Das Staatsschiff treibe steuerlos.

Dänische Abwehr gegen englische Angriffe.

Auf den von Reuter verbreiteten „Times"-Artikel, worin die dänische Sozialdemokratie wegen angeblicher Deutschfreundlichkeit heftig angegriffen und die Drohung ausgesprochen wird, daß die dänischen wirtschaftlichen Verhandlungen mit der Entente Schaden leiden könnten, veröffentlicht heute das Kopenhagener Blatt „Socialdemokraten" eine längere Erwiderung, in der es heißt: „Dänemark will nicht zwischen der Entente und den Mittelmächten wählen. Es ruft hier nur ein Lächeln hervor, wenn die „Times" behauptet, daß wir lieber den deutschen Militarismus siegen sähen, als die alliierte Demokratie. Unsere Losung ist Frieden ohne Sieg. Wir finden den englisch-amerikanischen Aushungerungskrieg gegen ein ganzes Volk mit Frauen und Kindern ebenso verabscheuungswürdig, wie den Versuch, sich dagegen mit Hilfe der U-Boote zu wehren. Auch hier lassen wir uns nicht verleiten, Partei zu ergreifen." Ähnlich äußert sich die übrige dänische Presse.

Die Juden im polnischen Staatsrat.

In polnischen politischen Kreisen heißt es, daß die Juden im kommenden polnischen Staatsrat, welcher aus 110 Mitgliedern bestehen soll, vierzehn Plätze erhalten, davon vier Wahlmitglieder. Die übrigen werden durch polnische Kreise unter Führung des Ministerpräsidenten ausgewählt.

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Februar 1918.

— Seinen 75. Geburtstag feiert am 10. Februar einer der ältesten Parlamentarier, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Geheimer Kommerzienrat Freiherr von Heyl zu Hernsheim in Worms. Dem Reichstag gehört er als Vertreter des Wahlkreises Worms—Heppenheim von 1874 bis 1881 und seit 1893 ununterbrochen an.

— Generalleutnant Paul von Uthmann, Kommandeur einer Infanteriedivision, ist im Felde am Herzschlag gestorben. Er hat einst das Leib-Grenadier-Regiment Nr. 8 in Frankfurt a. O., befehligt.

— Der Ehrenobermeister Richt der Berliner Tischlerinnung ist nach langem Leiden gestorben. Er hat in der Handwerkerbewegung eine einflußreiche Rolle gespielt.

— Das preußische Staatsministerium ist am Montag zu einer Sitzung zusammengetreten.

— Die acht verbotenen Berliner Zeitungen sind gestern Abend wieder erschienen; das ursprünglich auf drei Tage bemessene Verbot ist also nur auf eine Nummer beschränkt worden.

Essen, 5. Februar. Die Bergarbeiterorganisationen des Ruhrbezirks erhoben neue Lohnforderungen für sämtliche Arbeiterklassen.

Rußlands Zerfall.

Völlige Anarchie.

In der „Nordd. Allg. Ztg." werden Petersburger Eindrücke von einem neutralen Reisenden wiedergegeben, der soeben aus Petersburg zurückgekehrt ist. Es heißt u. a.: Die Bolschewiki haben Petersburg vollständig in ihrer Hand. 4/5, wenn nicht sogar 9/10 der Bevölkerung sind gegen den Bolschewismus feindlich oder zum mindesten gleichgiltig. Es herrscht eine allgemeine Mißstimmung gegen die Herren Lenin und Trotzki. Sie ergreift täglich weitere Kreise und muß wohl früher oder später zu einer Katastrophe führen. Die Lebensmittelfrage dürfte neben der Friedensfrage für die Dauer der bolschewistischen Gewalt entscheidend werden. Schlimmer als die Teuerung und die drakonischen Maßregeln der bolschewistischen Regierung ist die mehr und mehr um sich greifende Anarchie. Mehr und mehr hört man von den Russen verschiedener Bildungsgrade und gesellschaftlicher Stellung, daß es nur ein einziges Heilmittel gegen das ganze Elend gibt, die Deutschen.

Der Oberkommandierende des Petersburger Bezirks hat die Bildung des ersten Korps der Roten Armee der Bauern und Arbeiter anbefohlen. Der Kommandant des 428. Infanterie-Regimenets, „Kamerad" Patopoff, wurde zum Instrukteur des Korps ernannt.

In der Nacht zum 4. Februar ist die Hauskapelle im Palais der Großfürstin Maria Pawlowna geplündert und aller Kostbarkeiten beraubt worden. In der gleichen Nacht ist eine bewaffnete Bande von etwa 500 Menschen in verschiedene Kaufläden des Wosnessenski-Bezirks eingebrochen. Geplündert wurden 14 Juvelierläden, 17 Kleidergeschäfte und 4 Apotheken. Der ganze Bezirk wurde von Militär mit Panzerautomobilen und Maschinengewehren umstellt; erbitterte Kämpfe dauerten die ganze Nacht, wobei 120 Personen getötet sowie eine noch größere Anzahl verwundet wurden.

Erhebung der Kirche gegen das Bolschewiki-Regiment.

Petersburger Reutermeldungen zufolge ist es infolge einer Beschlagnahme des Alexander-Newski-Klosters durch die Bolschewiki, das große Besitzungen hat und sehr reich ist, zu ernstem Streit mit der Kirche gekommen. Da der Bischof von Petersburg und die übrigen Geistlichen Protestkundgebungen in Form von Gottesdiensten unter freiem Himmel veranstalteten, schritten die Bolschewiki zu einem Verbot öffentlicher Prozessionen. Ein weiterer Erlaß der Bolschewiki-Regierung betrifft die Trennung von Staat und Kirche, Abschaffung aller Vorteile, die sich auf das Glaubensbekenntnis begründen und vollkommene Freiheit der Riten. Der religiöse Eid wird abgeschafft und durch eine feierliche Versicherung ersetzt. Die Schule wird von der Kirche getrennt. Der obligatorische Religionsunterricht wird aufgehoben, alle Güter im Besitz der kirchlichen und religiösen Gesellschaften werden als Volkseigentum erklärt. Auf dieses Dekret hin haben die kirchlich gesinnten Kreise ziemlich lebhaft reagiert. Der Patriarch von Moskau hat die Bolschewiki mit dem großen Kirchenbann belegt, während der Patriarch Tichon einen Hirtenbrief veröffentlichte, in dem er alle Gläubigen auffordert, sich gegen Bolschewiki zu erheben, die den orthodoxen Glauben bekämpfen.

Durchsuchung der dänischen Gesandtschaft.

Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, hat am Dienstag Morgen eine in Petersburg auf der Suche nach Lebensmitteln befindliche Soldaten-Abteilung unter Führung eines einfachen Soldaten eine Durchsuchung der dänischen Gesandtschaft nach Lebensmitteln vorgefunden, trotzdem der dänische Gesandte energisch protestierte. Da die Lebensmittel aus Dänemark stammten, habe die Abteilung von einer Beschlagnahme derselben abgesehen. Auf den Einspruch des dänischen Gesandten hin hat daraufhin Tschitscherin, der Gehilfe Trotzkis, dem dänischen Gesandten das Bedauern des Rates der Volksbeauftragten wegen der ungehörigen Durchsuchung der Gesandtschaft ausgesprochen.

General Alexejew wieder auf dem Kriegspfad.

Die Petersburger Telegraphen Agentur meldet, daß General Alexejew eine Armee von 30 000 Mann zusammengezogen und mit dieser den Vormarsch nach Petersburg zur Bekämpfung der Bolschewiki angetreten habe. Gegenmaßregeln seien imgange.

Die Kämpfe zwischen den russischen Truppen und den Rumänen

sind, wenn der Petersburger Telegraphen-Agentur Glauben beizumessen ist, als beendet anzusehen, nachdem die nach Kischinew vorgerückten Rumänen über die Grenze zurückgeworfen seien.

Die polnischen Legionen

haben sich, nach einer Meldung aus der gleichen Quelle, der Stadt Rogatschew bemächtigt und die Sowjets der Bauern sowie die Volkskommissare verhaftet. Die sozialistische Regierung von Rogatschew hat dem polnischen Generalstab, der über eine Armee von 26 000 Mann verfügt, ein Ultimatum überreicht, in dem die Räumung von Rogatschew und die Einstellung der Gewalttätigkeiten gefordert wird.

Provinzialnachrichten.

h **Graudenz, 5. Februar.** (Seinen 70. Geburtstag) feierte heute der erste Pfarrer der hiesigen kath. Kirchengemeinde, Dechant und Ehrendomherr Otto Kunert. Aus diesem Anlaß sind dem Jubilar, der sich bei der Bevölkerung ohne Unterschied des Glaubensbekenntisses allgemeiner Beliebtheit erfreut, viele Ehrungen dargebracht worden. Am Abend fand zu seinen Ehren ein großer Fackelzug statt. Herr Kunert konnte schon vor einiger Zeit sein 50jähriges Priesterjubiläum begehen.

e **Freystadt, 4. Februar.** (Verschiedenes.) Das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhielten aus Freystadt: Arbeiter, Landsturmmann Friedrich Reppert bei Gutsbesitzer Schneider und sein Stiefsohn Sanitäts-Gefreiter Hermann Bendig. — In der gestrigen Generalversammlung des Kriegervereins wurden in den Vorstand gewählt: Rittmeister Graf von der Groeben-Ludwigsdorf (1. Vorsitzer), Fabrikbesitzer, Leutnant d. R. Gruse (2. Vorsitzer), Lehrer Weiss als 1., Lehrer Mrosowski als 2. Schriftführer, Schneidermeister Wölke als Kassenführer und Tischlermeister Stabenau als Stellvertreter, Töpfermeister Heinrich, Schuhmachermeister Lubnau und Stellmachermeister Still als Beisitzer. Fahnenträger ist Fleischermeister Wodtke und Vereinsbote Polizeibeamter Schiller. Nach dem Geschäftsbericht zählt der Verein 124 Mitglieder und 2 Ehrenmitglieder. Nach Erstattung des Kassenberichts wurde der bisherige Vorsitzer Herr Pfarrer Müller zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt. — Die vom Vaterl. Frauenverein ausgeführte Sammlung für Soldatenheime anläßlich des Kaisergeburtstages hat 243 Mark ergeben, wovon 190 Mark durch die Haussammlung und 53 Mark durch Verkauf von Karten und Abzeichen eingekommen sind. Außerdem hatte die Volksschule noch besonders 75 Mark aufgebracht. — Als am Sonntag Abend zwei hiesige Familien bei dem Besitzer K. in der Dt. Eylauerstraße weilten, wurden von dem Hausflur die dort abgelegten Mäntel der Männer gestohlen. Eine Haussuchung war vergeblich. Es wird noch ein Polizeihund erwartet.

E **Fordon, 5. Februar.** (In der ersten Stadtverordnetensitzung) des neuen Jahres wurden der wiedergewählte Stv. Fleischermeister Wilh. Müller und die neugewählten Stvv. Schmiedemeister Hermann Kieper und Bahnhofswirt Karl Schallhorn durch den Vorsteher Emil Kosch in ihr Amt eingeführt. Bei der Wahl des Büros wurden der bisherige Stv.-Vorsteher Maurermeister Emil Kosch, sowie sein Stellvertreter Mühlenbesitzer Hermann Gadischke wiedergewählt. Zum Schriftführer wurde Rentner Ludwig Metzer und als dessen Stellvertreter Bahnhofswirt Schallhorn gewählt. Die Mitglieder der einzelnen Kommissionen wurden sämtlich wiedergewählt. Nur in die Lebensmittelkommission wurden statt bisher 9 nur 5 Mitglieder gewählt, und zwar die Stvv. Kosch, Metzer und Schallhorn, sowie die Lehrer Broß und Dobberstein. Nach längerer Besprechung wurde der Jahreshaushalt für 1918 ohne Besprechung angenommen. Derselbe beläuft sich in Einnahme und Ausgabe auf 36 400 Mark.

d **Strelno, 5. Februar.** (In der Stadtverordnetenversammlung in Kruschwitz) wurde der Etat der Stadthauptkasse auf 103 000 Mark, der Etat der Gasanstalt auf 38 200 Mark und der Etat des Schlachthauses auf 12 400 Mark in Einnahme und Ausgabe festgesetzt. Zur Deckung des Bedarfs an Gemeindesteuern wurde beschlossen, von der vom Staate veranlagten Einkommen-, Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Betriebssteuer einschl. der fingierten Sätze von 4 Mark als Zuschlag 160 Prozent — wie im Vorjahre — zu erheben. Die fingiert mit 1,20 bezw. 2,40 Mark veranlagten Personen sollen nur mit 80 Prozent zu den Gemeindeabgaben herangezogen werden.

Gorzno, 4. Februar. (Von einem betrügerischen Stückchen,) wie es wohl nur der Krieg gezeitigt hat, wird geschrieben: Ein Geflügelhändler aus Berlin hatte von einem Ankäufer 12 Puten und 2 Enten gekauft. Dieser hatte die Tiere von einem Besitzer aus der Nachbarschaft erstanden. In Berlin fanden sich auch sofort Käufer für die begehrte Ware. Noch aber war das letzte Stück nicht losgeschlagen, als schon der erste Abnehmer zurückkam und mitteilte, daß die Pute von rückwärts mit Eisen genudelt sei. Das gleiche Kunststück war auch bei dem anderen Geflügel vorgenommen worden. Und zwar war das von dem Verkäufer geschehen, um das Gewicht der Tiere zu erhöhen. Im ganzen waren an 16 Pfund Eisen dazu verwandt worden. Sämtliches Geflügel wanderte nunmehr nach Gorzno zurück, wo es wegen des genialen Betrugsversuchs wohl noch zu einem gerichtlichen Nachspiel kommen dürfte.

Lokalnachrichten.

Zur Erinnerung. 8. Januar. 1917 Scheitern englischer Angriffe bei Serre. 1916 Deutscher Flugzeugangriff auf Poperinghe und Dixmuiden. 1915 Abfahrt des Lusitaniadampfers unter falscher Flagge von Newyork. 1912 † Generalfeldmarschall von Hahnke. 1907 † Prof. Dr. A. Kirchhoff, hervorragender Geograph. 1884 † Ketschwajo, König der Zulukaffern, der Sieger über die Engländer bei Isandula. 1882 † Berthold Auerbach, bekannter deutscher Romanschriftsteller. 1871 † Moritz von Schwind, hervorragender Historienmaler. 1818 * Wilhelm Camphausen, hervorragender Geschichts- und Schlachtenmaler. 1725 * Zar Peter der Große. 1587 Enthauptung der Königin Maria Stuart von Schottland.

Thorn, 7. Februar 1918.

— (Das Eiserne Kreuz) erster Klasse haben erhalten: Oberjäger Ferdinand Gärtner, ein früherer Lehrling des Schornsteinfegermeisters Fucks in Thorn; Landbriefträger Wietzke aus Garnsee, Vizefeldwebel im Inf.-Regt. 176, zurzeit verwundet; Unteroffizier August Krebs aus Klein Lubin bei Graudenz. — Mit dem Eisernen Kreuz zweiter Klasse wurden ausgezeichnet: Feldw.-Leutnant und Komp.-Führer Otto Kuhn aus Bromberg; Gefreiter Max Rose aus Branitz, Kreis Schwetz; Gefreiter, Kraftfahrer Walter Boenisch aus Bukowitz, Kreis Schwetz; Musketier Eduard Busse aus Neudorf, Landkreis Thorn.

— (Die Rettungsmedaille am Bande) ist dem Direktor der Germania-Brotfabrik in Danzig Hennig verliehen worden.

— (Preise für Spargelkonserven.) Durch Bekanntmachung vom 19. Januar hat die Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft in Braunschweig die Preise für die Spargelkonserven aus der Ernte 1917 festgesetzt. Sie bewegen sich für Stangenspargel zwischen 1,90 und 2,75 Mark, für Brechspargel zwischen 1,35 und 2,35 Mark, für Spargelköpfe zwischen 2,05 und 3,50 Mark je Kilogramm-Dose.

— (Der Turnverein Thorn 4) veranstaltete am Sonnabend, abends 8 Uhr, im Vereinslokale, Restaurant Drenikow, seine diesjährige Kaisergeburtstagsfeier, die überaus zahlreich besucht war, ein Zeichen dafür, daß die Liebe und Treue zu Kaiser und Reich in den Herzen der deutschen Turner in dieser schweren Zeit, in der bei uns auch die Unzufriedenheit anzuregen versucht wird, keineswegs vermindert ist. Auf diesen Ton war daher auch der von der Turnerin Frl. Fliege vorzüglich gesprochene Prolog gestimmt, der die Feier eröffnete, worauf die Hauskapelle die sich würdig anreihende Motette „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre" anstimmte. In der nun folgenden Ansprache feierte der 1. Vorsitzer Herr Rektor Zill das hohe Geburtstagskind als Mensch und Christ, indem er nachwies, mit welcher Gottergebenheit und Demut er in den vier Kriegsjahren aus des Höchsten Hand zwar manches bittere Weh, aber auch soviel Gutes entgegengenommen hat. Weitergehend verurteilte der Redner die in manchen Städten hervortretende Streikbewegung in scharfer Weise, da die Streikenden durch ihre Handlungsweise gerade das erreichen, was sie nicht wollen, nämlich die Verlängerung des Krieges und Schwächung unserer Kampffront durch die Nichtzufuhr von Munition; denn dieses ist es, was unlängst der englische Ministerpräsident seinem Volke zugerufen hat, indem er sprach: „Nur noch ein wenig Geduld; in Deutschland ist die Revolution, die uns die Früchte des Krieges in den Schoß legt, auf dem besten Wege." Angesichts dessen ist unerschütterliches Zusammenhalten Pflicht aller Deutschen. Mit dem Gelübde der unverbrüchlichen Liebe und Treue zu unserem Herrscherhause, sowie dem geliebten Vaterlande wurde nach einem kräftigen dreifachen „Gut Heil!" die mit großem Beifall aufgenommene Ansprache geschlossen. Es folgten sodann ernste und heitere Darbietungen, wie sie des Tages würdig waren und die Zuhörer in die rechte Stimmung versetzten.

— (Verein Frauenwohl.) Der Vortrag von Frl. Professor Dr. Lüders wird wegen Änderung ihrer Reise nicht in dieser Woche, sondern erst Ende des Monats stattfinden.

— (Thorner Pferde- und Viehmarkt.) Auf dem heutigen Pferde- und Viehmarkt waren 78 Pferde, 16 Kühe und 16 Rinder aufgetrieben. Gezahlt wurden für Pferde 800—5000 Mark das Stück, für Kühe 500—900 Mark das Stück, für Rinder —.

Briefkasten.

(Bei sämtlichen Anfragen sind Name, Stand und Adresse des Fragestellers deutlich anzugeben. Anonyme Anfragen können nicht beantwortet werden.)

Anonymus. Solchen anonymen Ausführungen können wir kein Wort beimessen. Im übrigen schmeckt Ihr Eingesandt sehr nach Selbstlob.

P. B. Daß Ihnen nach dem Essen „schwarz vor den Augen wurde und Funken aus den Augen sprühten", ist vermutlich, da dieser Zustand nur eine Minute anhielt, auf Erkältung durch Zugluft, die sich auf die Augen geschlagen, zurückzuführen. Der Genuß von Unverdaulichem — wozu für manche Menschen Pumpernickel und Schnittbohnen, für viele Absynth nach der Mahlzeit (statt vorher) gehören — pflegt Ohnmachtsanfälle mit epileptischen Zuckungen, der Genuß von verdorbenen Speisen Übelkeit zu verursachen. An Vergiftung braucht man deshalb nicht zu denken; wir wüßten auch nicht, welches Gift sich so äußern könnte.



Reichstagsabgeordneter A. Warlo †.

In Gleiwitz ist der Reichstagsabgeordnete für Gleiwitz-Tost-Lublinitz Oberlandmesser Stadtrat Augustin Warlo, der dem Zentrum angehörte, einem Schlaganfall erlegen. Er war am 6. April 1858 in Zabelken, Kreis Ratibor, geboren, er besuchte das Gymnasium in Ratibor und die landwirtschaftliche Akademie zu Bonn-Poppelsdorf. Zuletzt war er geschäftsführender Oberlandmesser bei der königlichen Spezialkommission zu Gleiwitz. Dem Reichstag gehörte er seit 1912 an.

Der Prozeß gegen Bolo Pascha

begann, wie Havas meldet, am Dienstag in Paris vor dem dritten Senat des Kriegsgerichts. Bolo ist vor Gericht gestellt worden unter der Beschuldigung, Beziehungen zu Deutschland unterhalten zu haben in der Absicht, dessen Unternehmungen zu fördern. 1. In der Schweiz in der Person des Khediven von Egypten Abbas-Hilmi und Jussuf Paschas. 2. In Paris, indem er von Cavallini eine Geldsumme annahm, die von Deutschland an den Khediven geschickt worden war, um eine friedensfreundliche „Bewegung hervorzurufen. 3. In den Vereinigten Staaten, indem er sich durch Deutschland eine bestimmte Summe zustellen ließ zu dem Zwecke, eine Wandlung der öffentlichen Meinung in der französischen Presse herbeizuführen. 4. In Paris, indem er Geld an die Presse, besonders an den Direktor des „Journals", zahlte. — Cavallini wird beschuldigt, Beziehungen mit Deutschland unterhalten zu haben, in der Absicht, dem Feinde Vorschub zu leisten, indem er Bolo Pascha eine Geldsumme übermittelte und versuchte, die Aktien des „Figaro", die aus Deutschland stammten, zu kaufen. — Prochère wird der Teilnahme an verschiedenen der oben genannten Straftaten beschuldigt. — Die Verteidigung beantragte, als Zeugen zu laden: Zaddik Pascha, Abbas-Hilmi Pascha, den Grafen Romanones und den Amerikaner Hearst. Der Regierungskommissar Mornat erwiderte, die an diese Zeugen abgesandten Telegramme seien unbeantwortet geblieben. Das Gericht verwarf daher die von der Verteidigung beantragte Vertagung des Prozesses. Darauf verlas der Gerichtsschreiber die Anklageschrift, welche u. a. besagt, daß von Jagow die erforderlichen Geldmittel geliefert habe. Nach der Marneschlacht habe Deutschland erkannt, daß der brutale Angriff nicht zum Ziele führen würde. Es habe daher eine Annäherung an Frankreich gewünscht, um sich umzuwenden und England zu besiegen. Es habe daher die öffentliche Meinung für einen Sonderfrieden vorbereiten müssen. Der Feind habe sich entschlossen, große Geldopfer zu bringen. Deutschland wollte auf Parlament und Presse Einfluß ausüben durch pessimistische Nachrichten, die in geschickter Weise durch im Solde Deutschlands stehende Agenten verbreitet werden sollten, um Verwirrung anzustiften und den vaterländischen Einklang in Paris zu stören.

Letzte Nachrichten.

Raubmord in Oberschlesien.

Guttentag, 6. Februar. Wie der „Oberschlesische Kurier" meldet, wurde am Montag der 76 Jahre alte Kaufmann Loewenstamm in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Er war an Händen und Füßen gefesselt und durch einen Strick um den Hals erdrosselt. Die Mörder erbeuteten die jüdische Gemeindekasse im Betrage von 1600 Mark und eine Geldsumme aus dem Privatbesitz des Ermordeten, deren Wert aber noch nicht feststeht. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Meutereien in Griechenland.

Bern, 6. Februar. „Temps" meldet aus Athen: Venizelos erklärte, die Meutereien in Lamia bewiesen, daß man einer Reaktion gegen die Mobilmachung gegenüberstehe, gegen die die Regierung Maßregeln ergreifen müsse. Die Ereignisse in Lamia überzeugten die Regierung, daß eine radikale Änderung in ihrer Haltung gegenüber ihren Gegnern unbedingt nötig sei. Laut „Petit Parisien" ist die griechische Kammer, die heute zusammentreten sollte, vertagt worden. Neben weiteren Verhaftungen von ehemaligen Ministern und Abgeordneten meldet die französische Presse, daß der Schloßkommandant von Athen eine Anzahl höherer Offiziere und zahlreiche subalterne Offiziere verhaften ließ.

Die Rote Garde in Finnland.

Petersburg, 6. Februar. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Der Sowjet von Ufa erhielt ergänzende Nachrichten über die Einnahme von Orenburg. Die Streitkräfte der Sowjets sichern den Übergang sämtlicher öffentlicher Anstalten einschließlich des Telegraphenamtes in die Hände der revolutionären Truppen. General Dutoff hat sich in der Umgebung von Iletsk durch die Flucht gerettet, indem er seine Truppen verließ, die schwere Verluste erlitten. Der Sowjet von Tscheljabinsk entsandte an die bedrohten Stellen sofort genügende Verstärkungen, um die Widerstandsversuche zu unterdrücken. Neue Zusammenstöße und Scharmützel werden als bevorstehend erachtet.

Frankreichs Kriegskosten.

Washington, 5. Februar. Reutermeldung. Die Vorschüsse an die Alliierten sind durch eine Darlehn von 155 Millionen an Frankreich auf 4 684 400 000 Dollar angewachsen.

Berliner Börse.

Börsenbericht ausgeblieben.

Notierung der Devisen-Kurse an der Berliner Börse.

Für telegraphische Auszahlungen:	a. 6. Februar Geld	a. 6. Februar Brief	a. 5. Februar Geld	a. 5. Februar Brief
Holland (100 Fl.)	215½	216	215½	216
Dänemark (100 Kronen)	152½	153	152½	153
Schweden (100 Kronen)	163¼	163¾	163¼	163¾
Norwegen (100 Kronen)	161¼	161¾	161¼	161¾
Schweiz (100 Francs)	112½	112¾	112½	112¾
Oesterreich-Ungarn (100 Kr.)	66,55	66,65	66,55	66,65
Bulgarien (100 Leva)	80	80½	80	80½
Konstantinopel	18,95	19,05	18,95	19,05
Spanien	117½	118½	117½	118½

Wasserstände der Weichsel, Brahe und Netze.

Stand des Wassers am Pegel

der	Tag	m	Tag	m
Weichsel bei Thorn	7.	2,22	6.	2,34
Zawichost	—	—	—	—
Warschau	—	—	—	—
Chwalowice	5.	2,05	4.	2,12
Zakroczyn	—	—	—	—
Brahe bei Bromberg O.-Pegel	6.	6,00	5.	6,00
Brahe bei Bromberg U.-Pegel	6.	2,60	5.	2,58
Netze bei Czarnikau	—	—	—	—

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn

vom 7. Februar, früh 7 Uhr.

Barometerstand: 765,5 mm
Wasserstand der Weichsel: 2,22 Meter.
Lufttemperatur: — 0 Grad Celsius.
Wetter: trocken. Wind: Westen.
Vom 6. morgens bis 7. morgens höchste Temperatur — 0 Grad Celsius, niedrigste — 1 Grad Celsius.

Wetteransage.

(Mitteilung des Wetterdienstes in Bromberg.)
Voraussichtliche Witterung für Freitag den 8. Februar: Wolkig, milder, Regenfälle.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag den 8. Februar 1918.
Altstädtische evangl. Kirche. Abends 6 Uhr: Kriegsgebetsandacht Pfarrer Lic. Freytag.

K. St I 1 Nr. 175

Es liegt Anlaß vor, folgende Bekanntmachungen in Erinnerung zu bringen und auf die Folgen der Nichtbeachtung mit Nachdruck hinzuweisen.

17. A.-K.
Stellv. Generalkommando.
Abt. 3 c Nr. 5665.

Bekanntmachung.

Aufgrund § 4 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 wird für den gesamten Befehlsbereich des stellv. 17. Armeekorps folgendes angeordnet:

Den Empfängern von Eisenbahnwagenladungen wird es verboten, zur Entladung bestimmte Wagen über die Ladefrist hinaus stehen zu lassen, widrigenfalls Zwangsentladung und Zwangszuführung der Güter auf Kosten der Empfänger nach Maßgabe der von der Eisenbahnverwaltung aufzustellenden Berechnung eintreten.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm,
Marienburg den 3. Januar 1917.

Stellvertretendes Generalkommando 17. Armeekorps.
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

17. A.-K.
Stellv. Generalkommando.
E. Nr. 2065.

Bekanntmachung.

Betreffend Ent- und Beladen von Eisenbahnwagen an Sonn- und Feiertagen.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird aufgrund der §§ 4 und 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 sowie des Gesetzes vom 11. 12. 15. für den Bereich des 17. Armeekorps folgendes angeordnet.

1. Eisenbahnwagen sind auf Verlangen der Eisenbahnverwaltung auch an Sonn- und Feiertagen zu beladen und zu entladen.
   Die Inhaber kaufmännischer Firmen haben Sorge zu tragen, daß Benachrichtungen über Entladen der Wagen an Sonn- und Feiertagen zu ihrer Kenntnis kommen.
2. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder auf Haft erkannt werden.
3. Diese Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung inkraft. Die Bekanntmachung vom 3. 1. 17. betreffend zwangsweise Entladung von Eisenbahnwagen bleibt in Wirksamkeit.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm,
Marienburg den 11. Mai 1917.

Stellv. Generalkommando 17. Armeekorps.
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Am Dienstag entschlief sanft nach kurzem Leiden meine über alles geliebte Frau, unsere unvergeßliche, gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Marya Gembarska,

geb. Guzicka.

Dieses zeigt in tiefem Schmerze an

Mocker, Thorn, Dresden

Paul Gembarski, nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Sonnabend den 9., vormittags 10½ Uhr, von der St. Marienkirche aus auf dem altstädtischen Kirchhofe statt.



Heute früh ½7 Uhr verschied nach schwerem Leiden, unsere geliebte, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante,

Frau Albertine Weick

geb. Moldenhauer,

im 74. Lebensjahr.

Culmsee den 7. Februar 1918.

Carl Weick, Schneidemühl, z. Zt. im Felde und Frau.
Fritz Kann, Thorn,
Erich Kann, im Felde,
Familie Moldenhauer, Culmsee.

Die Beerdigung findet Sonntag den 10. nachmittags ½3 Uhr, von der Leichenhalle des evangelischen Friedhofes in Culmsee aus statt.

Die Beerdigung meines lieben Mannes findet am Sonnabend den 9. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Frau Wanda Wunsch.

Unsere Geschäftsstelle,

am Seglertor,

ist Freitag von 10 bis 12 Uhr geöffnet. Wir kaufen nicht nur Gold, Platin und Juwelen, sondern auch **Silber** an. Auch außerhalb der Geschäftszeit werden diese Sachen in der Handelskammer gegen Quittung angenommen.

Die Goldankaufsstelle Thorn.

68. und 69. Zuchtviehauktion

der westpr. Herdbuch-Gesellschaft Danzig.

Die 68. Auktion Freitag den 1. März auf dem Schlacht- und Viehhof in Danzig, vorm. 10½ Uhr.

Auftrieb: 50 weibliche Tiere und 65 Bullen.

Die 69. Auktion Freitag den 8. März, vormittags 10½ Uhr, ebendaselbst.

Auftrieb: 60 weibliche Tiere und 65 Bullen.

Auktionsverzeichnisse ab 22. Februar kostenlos von der Geschäftsstelle Danzig, Gr. Gerbergasse 12.

Hohen Nebenverdienst

können sich Personen besseren Standes bezw. Firmen schaffen, die einen großen Bekannten- oder Kundenkreis haben und für weitere Ausdehnung einer der bedeutendsten Versicherungs-Gesellschaften (Leben, Unfall & Haftpflicht) ihr Interesse aufwenden wollen Incasso-Bestand kann übertragen werden. Gefl. Anerbietungen werden befördert unter S. Z. 188 an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Königsberg i./Pr.**

Wäschenähterin gesucht. Coppernikusstraße 41, 2.

Ein langer, vergoldeter Spiegel zu kaufen gesucht. Angebote unter **J. 359** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Früh- und Herbstgemüse

zur Deckung des Bedarfs werden Offerten über Anbau- u. Lieferungsverträge erbeten.

Arm.-Ers.-Ball. 17. A.-K.

Haushaltungs- und Gewerbeschule für Mädchen

Abteilung C.

der

königl. Gewerbeschule.

Beginn des Sommerhalbjahres am

3. April.

1. Haushaltungskursus,
2. Kochen und Backen,
3. Kursus für Hand- und Maschinenähen,
4. Kursus für Wäscheanfertigung,
5. Kursus für Schneidern,
6. Abendkochkursus für beruflich tätige Mädchen,
7. Abendschneiderkursus für beruflich tätige Mädchen,
8. **Vorbereitungskurse zur Aufnahme in die Seminare für Hauswirtschafts- und Handarbeitslehrerinnen.**

Anmeldungen frühzeitig, da nur eine bestimmte Anzahl von Schülerinnen aufgenommen werden kann. Sprechstunden täglich von 10—12 Uhr, Mellienstraße 5, 1.

Thorn den 15. Januar 1918.

Die Vorsteherin:
L. Staemmler.

Königl. preuß. Klassenlotterie.

Zu der am 12. und 13. Februar 1918 stattfindenden Ziehung der 2. Klasse 237. Lotterie sind

	1/1	1/2	1/4	1/8 Lose
zu	80	40	20	10 Mark

zu haben.

Dombrowski,
königl. preußischer Lotterie-Einnehmer, Thorn, Katharinenstr. 1, Ecke Wilhelmsplatz, Fernsprecher 842.

Diejenigen Gemeindemitglieder, welche **Zucker, Kaffee-Ersatz-Mittel und Kartoffelmehl für die Osterfeiertage** beziehen wollen, werden ersucht, sich **unverzüglich** in die Kundenliste **bei Herrn Heymann Cohn,** Schillerstraße 3, einzutragen.

Thorn den 6. Februar 1918.

Der Vorstand der Synagogengemeinde.

Verreist. Dr. Janz.

Wissenschaftliche Lehrerin zum 1. April 1918 gesucht.
Höhere Privat-Mädchenschule M. Wentscher.

Gründl. Klavierunterricht jeden Alters erteilt außer dem Hause. Angebote unter **U. 370** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Ein Kriegsinvalide sucht Arbeit für vormittags und halben Nachmittag. Zu erfragen im **Polizei-Büro Bromberger Vorstadt,** Mellienstraße 87.

Kriegerfrau mit guter Handschrift, sicher im Rechnen, sucht möglichst bald Stellung im Büro oder als Kassiererin. Angebote mit Gehaltsangaben unter **B. 377** an die Geschäftsstelle der „Presse“ erbeten.

Junges Mädchen (Anfängerin) sucht Stellung im Kontor **als Schreibgehilfin.** Angebote unter **Z. 375** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Elegant möbliertes Zimmer mit Bad sofort zu vermieten. Friedrichstraße 10/12.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Die glückliche Geburt eines **Töchterchens** zeigen hocherfreut an

Hauptmann Otto Riebes u. Frau Berta, geb. Lindemann.

Thorn den 7. Februar 1918.

Artushof.

Sonntag den 10. Februar 1918, abds. 7½ Uhr:

Konzert

zum besten der Kriegsblinden und des Militär-Frauenvereins.

Protektorat: Ihre Exzellenz Frau Generalleutnant Rasch, Frau Generalmajor v. Gregory und Frau Divisionspfarrer Mueller.

Irene v. Brennerberg (Violine),
Ellen Pieper (Alt).
Am Klavier: Dr. Kamnitzer.

Der **Blüthner-Flügel** ist von der Pianofortegroßhandlung **Berthold Neumann-Posen** zur Verfügung gestellt.

Eintrittskarten zu Mk. 3.—, 2.— und 1.—, Logen zu Mk. 4.—, in der Buchhandlung **Walter Lambeck,** Elisabethstraße.

Metropol-Theater, Friedrichstr. 7.

Täglich von 3 bis 10 Uhr abends geöffnet.
Von Freitag bis Montag:

Das Bachanal des Todes. Schauspiel, 4 Akte.

Hauptdarsteller: **Ellen Richter** u. **Erich Kaiser-Tietz.**

Personen:
Alexander Andrea, berühmter Maler . **Erich Kaiser-Tietz.**
Agnes seine Tante . . . . Marga Kohler.
Fred Neris, sein Freund . . . . . Paul Ludwig.
Baronin Gisa Dalmar . . . . . . Lia Borré.
A. Sarto, Gastwirt . . . . Viktor Janson.
Margaret, seine Frau . . . . . . Marie von Bülow.
Lona, beider Tochter . . . . . . **Ellen Richter.**
Jan Lars . . . . Werner Kraus.

Veilchen Nr. 4. Lustspiel, 3 Akte. **Arnold Rieck**-Serie 17/18.

Personen: Dr. Bredow . . . Otto Gebühr.
Frieda, seine Frau . Käthe Bäck.
Herr Fix . . . . . Ferry Sikla.
Frau Liebenstein . Marie Grimm-Einödthofer.

Sonntag den 10. d. Mts. große Kindervorstellung von 1½ bis 4 Uhr. — Neueste Kriegswoche.

Odeon-Lichtspiele, Gerechtestr. 3.

Von Freitag bis Montag:

Henny Porten.

Gefangene Seele. Drama in 4 Akten.

Personen: Stefan Rainer, Arzt . Herr Bildt.
Baron Niklaus . . . Herr von Girott
Violetta . . . . . . *** Henny Porten. ***

Schnurzel im falschen Verdacht.

Lustspiel, 3 Akte, von Gerhard Dammann.

Personen: Schnurzel . . . . *** ***
Frau Schnurzel . . . . Dansi Pege.
Die Schwiegermutter . . . . . Helene Voss.
Die fremde Dame . . . . Mia Kordes,
usw.

Neueste Kriegswoche.

Zentral-Theater, Neust. Markt 13.

Von Freitag den 8. bis Montag den 11. Februar gelangt zur Vorführung der zweite Film der Meisterwerke

Zwei blaue Jungen.

Film-Darstellung der Kriegsabenteuer zweier deutscher Schiffsjungen vom Schulschiff des deutschen Schulschiff-Vereins „Se. königl. Hoheit Großherzog von Oldenburg“. Länge des Films 2500 Meter.

Ben Kabara.

Kriminalfilm in 4 Akten. Aus den Akten eines Kriminalkommissars. In der Hauptrolle der javanische Messerwerfer Ben Kabara . . . **A. Kühne.**

Weitere Lustspiele.

Ab 19. bis 21. Februar kommt

Der ewige Ahasver,

1. Teil, vom 22. Februar

Die Königstochter von Travankore

zur Vorführung.

Reisender oder Reisedame

mit sicherem, gewandtem Auftreten zum Besuch von Drogerien, Kolonialwarengeschäften etc. für Gebrauchsartikel gesucht. **Alf. Lewin,** Bochum, Postfach 205.

Jugendkompagnie Thorn

Die **Sonntagsübung** am 10. 2. fällt aus.

Der Kreisvertrauensmann.
Maydorn.

Freitag den 8. Februar, abends 8 Uhr:
Instr. - □ in I.

Ruder-Verein



Thorn e. V.

Jahresversammlung

Sonnabend, 9. Februar, abends 8 Uhr, Artushof.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht,
2. Rechnungsbericht des Kassenwarts,
3. Berichte des Ruderwarts, Bootswarts und Hauswarts,
4. Bericht des Rechnungsprüfers,
5. Entlastung des Vorstandes und des Vereinsrates,
6. Neuwahlen,
7. Haushaltsplan für das neue Jahr,
8. Verschiedenes.

Falls die Versammlung nicht beschlußfähig ist, findet um ½9 Uhr eine

2. Versammlung

statt, die laut Satzung beschlußfähig ist.

Sitzung

Freitag, 8., abds. . Hotel Dylewski.

Stadt-Theater

Freitag den 8. Februar, 7½ Uhr: Sechster Literarischer Abend.

„Die Laune des Verliebten“
und
„Die Mitschuldigen“.

Sonnabend 9. Februar, 7¼ Uhr: Ermäßigte Preise!
Könige.

Sonntag den 10. Febr., nachm. 3 Uhr: Ermäßigte Preise!
Der Soldat der Marie.

Abends 7½ Uhr:
Das Dreimäderlhaus.

Voranzeige! Für die Inhaber von Blockabonnements bleiben zur Mittwochvorstellung die Plätze bis Montag, mittags 12 Uhr, reserviert, müssen aber bis zu diesem Termin an der Theaterkasse eingelöst werden. Zu diesem Zweck ist die Theaterkasse ausnahmsweise auch Montags von 11—12 Uhr vormittags geöffnet. Bis mittags um 12 Uhr nicht eingelöste Billets werden andern Reflektierenden überwiesen.

Der allgemeine Verkauf beginnt am Dienstag, 10 Uhr, an der Theaterkasse. Telephonische Bestellungen zu diesem Abend werden nur bis Sonntag mittags aufgenommen.

Wer verleiht Kleereiber „Viktor“.

Gefl. Angebote nebst Preis pro Std. an
Tilk, Rüdigsheim,
Post Siemon.

80—100000 Mark zur ersten Stelle auf ein großes Stadtgrundstück zum 1. 4. 18 gesucht. Angebote unter **W. 372** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Ehrensache.
Wer borgt einer Frau nur auf kurze Zeit etwas Geld? Angebote unter **G. 357** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Junges, geb. Mädchen vom Lande, ev., wünscht die Bekanntschaft eines geb. Herrn zwecks späterer Heirat. Zuschriften möglichst mit Bild unter **P. 365** an die Gesch. der „Presse“ erbeten.

Zwei junge Damen, 19 Jahre alt, wünschen die Bekanntschaft zweier netter, junger Herren zwecks späterer Heirat. Zuschriften mit Bild erbeten unter **V. 371** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Schlüsselbund
in der Nähe des Stadttheaters **verloren.** Gegen gute Belohnung abzugeben.
Konduktstraße 24.

Täglicher Kalender.

1918	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Februar	—	—	—	—	—	8	9
	10	11	12	13	14	15	16
	17	18	19	20	21	22	23
	24	25	26	27	28	—	—
März	—	—	—	—	—	1	2
	3	4	5	6	7	8	9
	10	11	12	13	14	15	16
	17	18	19	20	21	22	23
	24	25	26	27	28	29	30
	31	—	—	—	—	—	—
April	—	1	2	3	4	5	6
	7	8	9	10	11	12	13

Hierzu zweites Blatt.

Nr. 33. Thorn, Freitag den 8. Februar 1918. 36. Jahrg.

Die Presse.

(Zweites Blatt.)

2. Sitzung der Thorner Stadtverordnetenversammlung.

In der gestrigen Sitzung waren anwesend 32 Stadtverordnete; die Verhandlungen leitete der Vorsteher Justizrat Schlee. Am Magistratstisch: Oberbürgermeister Dr. Hasse, Bürgermeister Stachowitz, Stadtbaurat Kleefeld, Stadtrat Dr. Goerlitz und die Stadträte Dietrich, Hellmoldt, Ackermann, Walter, Weese, Mallon, Hentschel, Romann und juristischer Hilfsarbeiter Assessor Dr. Becker.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsteher mit, daß Dankschreiben eingegangen sind von Stv. Hozakowski für den ausgesprochenen Wunsch baldiger Genesung; von den Hinterbliebenen des Stv. Wegner für die Teilnahme am Begräbnis des Verstorbenen; von Stadtrat Dr. Goerlitz für die Gewährung der persönlichen Zulage.

Hierauf werden zunächst die Vorlagen des Finanzausschusses verhandelt. 1) Feststellung des Haushaltsplans der städtischen Sparkasse für 1918; Berichterstatter Stv. Groß. Der Haushaltsplan, der sich durch Ausgaben für Hilfskräfte und durch Teuerung um 3600 Mark erhöht hat, wird genehmigt. — 2) Wahl von Mitgliedern der Einkommensteuer-Voreinschätzungskommission für die Jahre 1918 bis 1920; Berichterstatter Stv. Matthes. Es scheiden aus wegen Alters oder Gesundheitsrücksichten die Herren Hirschfeld, Weier, Schinauer, Schiersmann und M. Bartel. Für diese Mitglieder, die eine Wiederwahl abgelehnt, werden gewählt die Herren August Goram, Kusas, Zieroth, Rudolf Sodtk und Albert Schittkowski. — Es folgen eine Reihe von Nachbewilligungen, die ohne Debatte genehmigt werden. 3) Nachbewilligung von 500 Mark zu Ausgabe-Titel 27 des Haushaltsplans der Kämmereiverwaltung. — 4) Berichterstatter Stv. Raapke. Nachbewilligung von 2500 Mark zu Ausgabe-Titel 5, 1a und von 500 Mark zu Ausgabe-Titel 5, 1a der Theaterverwaltung; letztere zur Ausbesserung des Kessels. — 5) Nachbewilligung von 7000 Mark aus Ausgabe-Titel 1,2 des Straßenbaustocks zur Deckung der Mehrkosten für die Pflasterung der Marien- und Bäckerstraße. Die Straße sollte 1914 mit Asphalt gepflastert werden, doch war Asphalt damals nicht zu haben, sodaß Steinpflaster gewählt werden mußte. — 6) Nachbewilligung von 300 Mark zu Ausgabe-Titel 2,2 des Haushaltsplans der Allg. Schulverwaltung; Berichterstatter Stv. Dreyer bemerkt dazu, daß bei der Neuheit der Einrichtung der Haushaltsplan nur schätzungsweise aufgestellt werden konnte. — 7) Nachbewilligung von 400 Mark zu Ausgabe-Titel 5,1 des Haushaltsplans der 3. Gemeindeschule. — 8) Nachbewilligung von 300 Mark zu Ausgabe-Titel 5,1 des Haushaltsplans der 4. Gemeindeschule. — 9) Nachbewilligung von 327,20 Mk. zu Titel 4,7 der Allg. Schulverwaltung zur Deckung der Kosten für Sturmschäden am Zaun des Schulgartens. — 10) Zustimmung zur Gewährung eines Zuschusses von 2000 Mark an den Verein Jugendschutz zur Beseitigung von Sturmschäden. Berichterstatter: An dem Haus des Vereins Culmerstraße 26 ist das Dach vom Sturm teilweise zerstört worden. Die Kosten der Ausbesserung hätten durch einen Basar aufgebracht werden können, doch hat es der Verein unter den jetzigen Umständen für geboten erachtet, einen Zuschuß vom Magistrat zu erbitten. Auf Anfrage des Stv. Meinas erwidert Stadtrat Dr. Goerlitz, daß der Bau unter Kontrolle ausgeführt sei. — 11) Gewährung einer einmaligen Kriegsteuerungszulage an die städtischen Ruhestandsbeamten und Ruhestandslehrer der städtischen höheren und mittleren Schulen und an ihre Hinterbliebenen entsprechend den staatlichen Grundsätzen. Berichterstatter: Durch ministeriellen Erlaß ist eine Zulage im Mindestsatz von 30 Prozent des Ruhegehalts festgesetzt, ein Satz, der, wo Not vorliegt, auf Antrag erhöht werden kann. Ich bitte, diesen Satz zu gewähren, da die Ruhestandsbeamten eine Zulage dringend benötigen; die Mehrzahl bezieht ein Ruhegehalt unter drei Viertel des Gehalts, etwa ein Sechstel der Beamten nur ein Ruhegehalt, wie es nach zehnjähriger Dienstzeit gewährt wird. Die Zulage wird bewilligt.

Über die neue Weichselbrücke

wird in der Magistratsvorlage beantragt:

a) **Bewilligung eines Beitrages von 75 000 Mark** zu den Kosten einer neuen Straßenbrücke über die Weichsel im Zuge der Seglerstraße und Übernahme der gewöhnlichen Unterhaltungskosten der Brücke gegen das Recht der Brückengeld-Erhebung;

b) **Heranziehung von Grundstücksbesitzern der** Seglerstraße und der angrenzenden Straßen zu Beiträgen für die Kosten der Brückenrampen und die Verbreiterung der Seglerstraße gemäß § 9 Komm.-Abg.-Gesetzes;

c) **Festsetzung einer Fluchtlinie für die Segler**straße zwischen Coppernikus- und Jesuitenstraße.

Berichterstatter Stv. Dreyer: Diese Angelegenheit hat die Thorner Bürgerschaft schon seit langem beschäftigt; im Jahre 1905 wurde sie vom Magistrat aufgenommen, jedoch zu keinem Abschluß geführt. Der Krieg erst hat ihr eine Förderung angedeihen lassen, dergestalt, daß man jetzt seitens der Heeres- und Eisenbahnverwaltung darauf drängt, bessere Verkehrsverhältnisse zu schaffen. Der Staat ist dahin gekommen, nunmehr den Vorschlag zu machen, **zwei Brücken zu bauen, eine zweigleisige Eisenbahnbrücke**, etwa 25 Meter von der jetzigen nach Osten hin, **und eine Straßenbrücke**, von der Stadt ausgehend nach dem Hauptbahnhof. Ein ständiger Streit hat geschwebt um die Frage, ob bei dem Brückenbau die Altstadt oder Neustadt bevorzugt werden solle; bei den Verhandlungen sind nicht weniger wie 24 Projekte geprüft und beraten worden, und ich bitte Sie, die Vorlage in ihrer vorliegenden Fassung, wie sie von den beiden Ausschüssen nach gründlicher Erörterung festgestellt, wohlwollend zu behandeln und ihr zuzustimmen. Zur Gewinnung eines besseren Einblicks in die Sache verliest der Berichterstatter die folgende

Begründung der Magistratsvorlage:

I. **Nach jahrzehntelangen Verhandlungen** hat die Staatsregierung die Brückenfrage bei unserer Stadt so gelöst, daß sie beabsichtigt, eine neue Eisenbahnbrücke neben der jetzt bestehenden und eine neue Straßenbrücke im Zuge der Seglerstraße zu bauen. Die neue **Eisenbahnbrücke** soll 25 Meter oberhalb der jetzigen Brücke zu liegen kommen, zweigleisig ausgestaltet sein und den Vorteil bieten, daß die Züge vom Hauptbahnhof und in den Stadtbahnhof besser wie bisher geführt werden können. Die neue **Straßenbrücke** im Zuge der Seglerstraße soll eine Fahrbreite von 7,20 Meter, Gehwege von je 1,87 Meter, eine Konstruktionsbreite von je 0,5 Meter und eine Schrammkante von je 0,9 Meter haben. Die Brücke ist projektiert mit drei Pfeilern im Strom, mit Öffnungen von je 125 Meter und vier Pfeilern auf dem Vorlande des linken Ufers mit Öffnungen von je 80 Metern. Die Steigung auf der Brücke soll 1 : 150, auf der Anrampung zur Seglerstraße 1 : 100 und auf der Anrampung zum linken Weichselufer 1 : 106 betragen. Der erste Landpfeiler soll an der Stelle, wo jetzt das Seglertor steht, und der erste Flußpfeiler auf der jetzigen Ufermauer errichtet werden. Die Seglerstraße soll von der Araberstraße ab eine Anschüttung erhalten und eine Fahrbreite von 8 Metern, einen Bürgersteig von 3 Metern auf der westlichen Seite und einen solchen von 4,20 Metern auf der östlichen Seite, dort tief liegen bleibend, mit einem Ausgang zur Uferstraße. Die Basarkämpe soll in einer Breite von 160—170 Metern, in der Höhe von 1 Meter über Mittelwasser abgegraben und die polnische Weichsel zugeschüttet werden. Die Brücke soll senkrecht zur Stromrichtung geführt und eine Rampe nach dem Hauptbahnhof im Zuge des jetzigen Dammes und eine weitere Rampe in südlicher Verlängerung nach der Straße nach Podgorz erhalten. Die Gesamtkosten beider Brücken und der erforderlichen Nebenarbeiten sind auf 22,41 Millionen Mark, die Kosten der Straßenbrücke allein auf 8,64 Millionen veranschlagt. Nach eingehenden Verhandlungen ist von der Stadtgemeinde verlangt worden, daß sie einen Beitrag von insgesamt 750 000 Mark übernehmen soll, einschließlich der Kosten der Anrampungen, die nach den gesetzlichen Bestimmungen ihr obliegen und von ihr selbst ausgeführt werden sollen. Die Provinz Westpreußen soll einen Beitrag von 200 000 Mark leisten und der Landkreis Thorn einen solchen von 50 000 Mark. Es soll ferner versucht werden, die Provinz Posen zu einem Beitrag heranzuziehen, da die Provinz die beiden durch Podgorz führenden Straßen, die ehemals zu der alten Holzbrücke führten, erbaut, später gepflastert hat und noch heute unterhält, und ferner den königlichen Forstfiskus, dessen ausgedehnte Forsten auf dem linken Weichselufer von dem Brückenbau Vorteil haben. Beiträge, die von diesen beiden Interessenten gezahlt werden, sollen auf den Beitrag der Stadt zu ihrer Entlastung angerechnet werden. Wir bemerken noch, daß mit dem Abbruch des Seglertors auch ein Teil der Mauer an der Bankstraße fallen muß und die Bankstraße eine wesentliche Anschüttung erhält. Wir halten die vorgeschlagene Lösung für eine für die Entwickelung unserer Stadt hervorragend wichtige und gute und bitten, den von uns geforderten Beitrag zu bewilligen. Die gewöhnliche Unterhaltung der Brücke zu übernehmen haben wir versucht abzulehnen; die Staatsregierung besteht aber darauf und will uns dafür das Recht gewähren, Brückengeld zu erheben. Voraussichtlich können wir aus den Einnahmen des Brückengeldes die gewöhnliche Unterhaltung bestreiten. Wir übernehmen damit nicht eine Pflicht zur Erneuerung der Brücke und nicht, Schäden zu beseitigen, die durch höhere Gewalt entstehen oder zur ungewöhnlichen Unterhaltung gehören. Die Reinigung und Unterhaltung der Brücke richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und liegt gleichfalls der Stadtgemeinde ob.

II. Die anliegenden Grundstücksbesitzer der Seglerstraße werden durch den Brückenbau einen sehr erheblichen Vorteil erhalten, da die Seglerstraße eine erstklassige Verkehrs- und Ladenstraße werden wird; und es entspricht der Billigkeit, daß diese Grundstücksbesitzer und die der angrenzenden Straßen in beschränktem Umfange zu den Anrampungskosten zur Brücke und zu den Kosten der Verbreiterung der Seglerstraße nach § 9 des K. A. G. gemäß ihrem Vorteil herangezogen werden.

III. Wir haben bereits im Jahre 1913 für die Seglerstraße in dem Abschnitt zwischen Coppernikus- und Jesuitenstraße einen Straßenfluchtlinienplan aufgestellt, der eine Verbreiterung der Seglerstraße dadurch vorsieht, daß das Vorland der Johanniskirche bis zur Kirchhofsmauer als Straßenland in Anspruch genommen wird. Gegen diesen Plan hatte der katholische Kirchenvorstad von St. Johann seinerzeit Einspruch eingelegt, und der Bezirksausschuß in Marienwerder hatte damals eine Notwendigkeit für die Verbreiterung der Seglerstraße nicht anerkannt und den Einspruch des Kirchenvorstandes für begründet erklärt. In der Begründung zu diesem Beschluß ist hervorgehoben, daß, sobald der Plan eines Brückenbaues über die Weichsel im Zuge der Seglerstraße zur Ausführung gelangen sollte, die Möglichkeit besteht, die beabsichtigte Fluchtlinienfestsetzung wiederum vorzunehmen. Dieser Zeitpunkt ist nunmehr eingetroffen, und wir bitten, diesem Fluchtlinienplan zuzustimmen.

Der Berichterstatter führt weiter aus: Es ist fraglos, daß der Brückenbau für die Stadt Thorn und ihre künftige Entwickelung von einer Bedeutung ist, die heute noch nicht zu übersehen ist. Es ist verständlich, daß der Einzelne noch den einen oder anderen Wunsch hat, doch bitte ich dem Antrage so zuzustimmen, wie ihn der Magistrat stellt; bei einer Ablehnung würde das ganze Projekt in die Gefahr kommen, ins Wasser zu fallen. Darum bitte ich nochmals, den Augenblick nicht ungenützt verstreichen zu lassen und Ihre Zustimmung nicht zu versagen. Oberbürgermeister Dr. Hasse: Meine Herren! Die jahrzehntelangen Verhandlungen bezüglich der Lösung der Brückenfrage in Thorn haben jetzt eine Klärung gebracht, und die berufenen Vertreter unserer Stadt haben in dieser Stunde die schwere Verantwortung, einen Beschluß zu fassen, der für die Entwickelung der Stadt von allergrößter Bedeutung ist. Es wird darauf ankommen, ob der Beschluß, den Sie fassen, es der Stadt ermöglicht, in kurzer Zeit eine Straßenbrücke zu bekommen, die das Zentrum der Stadt mit dem jenseitigen Ufer verbindet, oder ob, wenn Sie nicht zustimmen, auf Jahrzehnte hinaus die Sache wieder verschleppt werden soll. Seit dem Brande der Holzbrücke, im Juli 1877, war der Wagen- und Landstraßenverkehr darauf angewiesen, den weiten Weg über die Eisenbahnbrücke zu nehmen. Die vielen Klagen darüber sind wohl noch Ihnen allen gegenwärtig. Dieser über 40 Jahre andauernde Zustand ist deshalb nicht zu einer befriedigenden Lösung gekommen, weil die Stadt allein nicht imstande war, ihn zu ändern, und sie auf die Mithilfe der staatlichen Behörden angewiesen ist. Die Beteiligten bei diesem Brückenbau sind vornehmlich die Staatseisenbahnverwaltung und die Militärverwaltung. Die erstere hat die Angelegenheit seit Jahren dringend behandelt, deshalb, weil das eine Gleis über die Eisenbahnbrücke unzulänglich ist; bei dem Verkehr von über 100 Zügen täglich über die Brücke ergeben sich die größten Schwierigkeiten. Um eine baldmögliche Besserung herbeizuführen, trat die Eisenbahnverwaltung sehr für den Neubau-Plan ein und stellte 24 Projekte hierfür auf. Dabei ist nun zu beachten, daß die Eisenbahnverwaltung zunächst den Standpunkt einnahm, die Staatsregierung habe bei der alten Brücke seinerzeit nur mit Vorbehalt gestattet, diese auch als Straßenbrücke zu benutzen. Wir haben ihr indes nachgewiesen, daß eine solche Auffassung unhaltbar ist, und daß die Stadt aus der Zeit der polnischen Könige wohl ein Privilegium zum Bau einer Brücke über die Weichsel hatte, nicht aber die Verpflichtung, die Brücke zu unterhalten und zu erhalten. Als die Stadt in den siebziger Jahren den Wunsch hatte, an die Stelle der durch Brand vernichteten Holzbrücke eine neue Brücke zu errichten, lehnte die Staatsregierung jeden Zuschuß ab mit der Begründung, da die Eisenbahnbrücke gleichzeitig Straßenbrücke sei, erübrige sich der Bau einer zweiten Brücke. Diese Begründung hat unserer Behauptung, daß die Staatsregierung es selbst gewesen, die auf die Benutzung der Brücke als Straßenbrücke hingewiesen, den wesentlichen Anhalt gegeben. Nachdem dies aufgrund unserer Darlegungen von der Regierung anerkannt war, erhielten wir erst einigen festen Boden unter den Füßen. Wir machten ihr klar, daß, wenn das Bedürfnis einer zweigleisigen Brücke bestehe, was die Ausschaltung des Straßenverkehrs auf der Brücke zurfolge habe, die Eisenbahnverwaltung auch für einen Ersatz sorgen müsse. Dann handelte es sich darum, unter den Vorschlägen den annehmbarsten herauszufinden, und wir müssen dankbar anerkennen, daß uns die Staatsregierung ein so großes Projekt vorlegt. Es ist geplant, uns zwei neue Brücken zu geben, wozu die Staatsregierung einen Betrag von rund 22 Millionen hergeben will. Das ist ein so gewaltiger Betrag, daß kleine Wünsche selbstverständlich zurückgestellt und vieles hingenommen werden muß, um überhaupt zu einer Lösung zu kommen. Bezüglich der Lage der Brücke fanden **im Jahre 1913 die eigentlichen grundlegenden Verhandlungen** statt. Damals schlug die Staatsregierung den Bau der Brücke **im Zuge der Brückenstraße** vor mit einer Rampe nach der Baderstraße. Dieses Projekt haben wir seinerzeit bekämpft, weil wir es für unser Stadtbild für verhängnisvoll hielten. Vor allen Dingen aber war eine Führung durch die Baderstraße unmöglich, da an der Breitenstraße unvermeidliche Verkehrsstauungen eintreten würden. Damals hatten wir in den Verhandlungen vorgeschlagen, entweder die Seglerstraße zu wählen oder mit Rücksicht auf die Neustadt **die Gerberstraße**. Die Regierung prüfte auf unsere Bitte den letzten Vorschlag besonders eingehend, fand es aber unmöglich, die beiden Brücken wegen des Eises und anderer strombaulicher Interessen so nahe beieinander zu errichten. Erörtert wurde dann das **Pilz—Dybow-Projekt**, das besonders von den militärischen Stellen als ein gutes bezeichnet worden, von uns aber mit Bedenken behandelt wurde wegen der für die beteiligten Industriezweige in Mocker damit verbundenen ungünstigen Verkehrsverhältnisse. Außerdem machte die Strombauverwaltung geltend, daß die Brücke in der Linie Pilz—Dybow, weil diese schräge sei, nur mit einem Knick aufgeführt werden könne, was wiederum für die Abflußverhältnisse nicht rätlich sei. Schon damals wurde dann festgestellt, daß eine Brücke **im Zuge der Seglerstraße** die beste Lösung darstellen würde. Eine zu jener Zeit angesetzte Sitzung unter Vorsitz des Oberpräsidenten zur Einteilung der einzelnen Beiträge kam nicht zustande. Nach einiger Zeit schlug die Eisenbahnverwaltung eine von allen bisherigen Plänen abweichende Lösung vor, und zwar die Aufführung einer neuen Eisenbahnbrücke dicht oberhalb der jetzigen und **Umbau der letzteren in eine Straßenbrücke**. Diese Lösung war wohl die billigste, aber die Eisenbahnverwaltung fragte in sodann folgenden Verhandlungen an, inwieweit wir bereit wären, uns an dem Umbau der alten Eisenbahnbrücke kapitalistisch zu beteiligen. Da wir dies ablehnten, vergingen mehrere Jahre, die uns nahezu alle Hoffnung auf eine glückliche Lösung des Brücken-Problems nahmen. Wie unerwünscht übrigens die vorerwähnte Lösung gewesen wäre, ist einleuchtend, wenn man bedenkt, daß garnicht zu übersehen war, ob die jetzige Brücke auf die Dauer den Anforderungen einer Straßenbrücke würde standhalten können. Wir hatten dann den Wunsch, daß auch die Heeresverwaltung, die in den Kriegsjahren hier ihre Erfahrungen gemacht, Stellung zu der Angelegenheit nehme. Während sich früher das Kriegsministerium auf den Standpunkt stellte, es habe kein Interesse daran, hat jetzt der Große Generalstab ein entscheidendes Wort gesprochen. Auf eine Anfrage an unseren Ehrenbürger Generalfeldmarschall von Hindenburg, ob es nicht strategisch notwendig sei, die neue Brücke weitab von der alten zu bauen, antwortete Hindenburg zustimmend mit dem Bemerken, er halte das Projekt der Seglerstraße für das geeignetste. Wir sind nun soweit, daß eine neue Straßenbrücke im Zuge der Seglerstraße errichtet werden soll; doch haben sich neue Schwierigkeiten daraus ergeben, daß die Eisenbahnverwaltung die Besserung der Verkehrsverhältnisse als so dringlich darstellt, daß sie auf den Bau der Straßenbrücke nicht mehr warten könne. Es bedurfte wieder langer Verhandlungen, bis die Verwaltung den Beschluß gefaßt hatte, **zunächst eine neue Eisenbahnbrücke, dann die Straßenbrücke zu erbauen**, und schließlich über die **Verwendung der jetzigen Eisenbahnbrücke** zu beraten. Wir wollen zunächst wünschen, daß die beiden neuen Brücken errichtet werden, und dann werden wir nichts unversucht lassen, um auch die alte Brücke zu erhalten. Jetzt mit diesem Wunsche hervorzutreten, würde der Sache wenig dienlich sein. In einer hier jüngst tagenden Konferenz ist von den Vertretern der beteiligten Ministerien ausgeführt worden, daß die neue Eisenbahnbrücke 25 Meter oberhalb der jetzigen Brücke erbaut werde, um auch ein besseres Auslaufen der Züge aus dem Hauptbahnhof und ein glattes Einlaufen in den Stadtbahnhof zu ermöglichen. Hieraus können wir zu unserer Freude entnehmen, daß **der Stadtbahnhof bestehen bleibt**. Damit wäre die große Sorge der Neustädter zu einem großen Teil gegenstandslos geworden. Der Verkehr vom Stadtbahnhof würde sich immer über die Neustadt abwickeln. Auch die sonstigen Befürchtungen hinsichtlich der Neustadt dürften beseitigt werden, da anzunehmen ist, daß der Marktverkehr aus der Seglerstraße und vom Altstädtischen Markte verschwinden und nach dem Neustädtischen Markte verlegt werden muß; desgleichen die vielen Ausspannungen, wodurch gerade dem kleinen Kaufmann und Handwerker bessere Lebensmöglichkeiten gegeben sein werden. Nach dem früher aufgestellten Plan für die vorzunehmenden größeren Bauten wird die Neustadt auch auf eine Entschädigung zu rechnen haben. Neben der die Verbindung zwischen Mocker und der Gerechtenstraße herstellenden Hindenburgstraße, die fertiggestellt, ist der Walldurchbruch im Zuge der Roonstraße geplant. Sobald wir imstande sind, wird mit den Arbeiten hierzu begonnen werden. Man muß sich in der ganzen Angelegenheit überhaupt auf den Standpunkt stellen: Welche Lösung bringt der ganzen Stadt Vorteil? Dann aber muß anerkannt werden, daß dies die beste Lösung ist, auch für **die Orte auf dem anderen Weichselufer.** Was nun **die Beiträge** angeht, die die Staatsregierung verlangt, muß man anerkennen, daß das, was jetzt von uns gefordert wird, wohl eine Last für die Stadt ist, indes eine Last, die überwunden werden muß und kann. Wenn die Staatsregierung uns ein so großes Projekt bringt, kann sie auch verlangen, daß die Stadt eine Gegenleistung macht. Auf unsere Darlegungen sind die Beitragsforderungen, die anfangs eine Differenzsumme von 4,5 Millionen umfaßten, erheblich heruntergesetzt worden. Das preußische Finanzministerium ist sich schlüssig geworden, **rund eine Million Mark** an Beiträgen von den Interessenten zu fordern. Von diesen Beiträgen entfallen auf die Provinz Westpreußen 200 000 Mark, auf den Landkreis 50 000 und auf die **Stadt Thorn 750 000 Mk.** Auf den Hinweis, daß die Provinz Posen durch die Chaussee nach Hohensalza, die sie seinerzeit gepflastert hat und für deren Instandsetzung sie heute noch aufkommt, in gewisser Beziehung zu dem Projekt stehe, ist uns anheimgegeben, mit der Provinz Posen in direkte Verhandlung zu treten. Der eventuell von Posen beizusteuernde Betrag soll auf unsern Anteil verrechnet werden. Eine persönliche Rücksprache mit dem Landeshauptmann der Provinz Posen hatte den Erfolg, daß mit ziemlicher Bestimmtheit eine Beihilfe in Aussicht gestellt wurde, deren Höhe, ungefähr 35 000 Mark, genau erst nach Einbringung eines diesbezüglichen Antrages in den Provinzialausschuß und dessen Beschlußfassung festgesetzt werden kann. Ich hoffe, daß die Provinz Westpreußen ebenso wie der Thorner Landkreis ihr Interesse durch die Zahlung der Beiträge bekunden wird. Wenn alle Beiträge restlos zusammenkommen, will der Finanzminister für die Vorlage eintreten. Zu beachten ist ferner, daß die Anlieger der Seglerstraße, die einen gewaltigen Vorteil aus dem Umstand haben werden, daß diese Straße durch den Brückenbau zu einer erstklassigen Verkehrs- und Ladenstraße wird, billigerweise mit Beiträgen zur Deckung eines Teiles der Rampenkosten herangezogen werden. Deshalb haben wir gebeten, den Beschluß hierüber grundsätzlich zu fassen, da die Höhe dieser Beiträge erst nach Einbringung einer genauen Vorlage zu bestimmen ist. Schließlich sei noch die notwendige Fluchtlinienänderung der Seglerstraße erwähnt, die sich aus der Fortnahme der Umfassungsmauer der St. Johanniskirche ergibt. Es ist erforderlich, daß an dieser Stelle die Straße verbreitert und aus dem so neugewonnenen Straßenland ein Bürgersteig geschaffen wird. Wenn die Kirchengemeinde die Mauer freigibt, können wir damit rechnen, daß die Seglerstraße den Verkehrsansprüchen genügen wird. Ich bitte Sie nun, diesem großen Projekt möglichst ausnahmslos zuzustimmen und die Stunde nicht zu verkennen, die für die Bedeutung unserer Stadt und die Entwickelung unseres kommunalen Lebens von weittragendster Bedeutung ist. Stv. Wartmann: Einmütig wird in der Bürgerschaft die Freude darüber sein, daß das langgehegte Weichselbrückenprojekt nun endlich seiner Verwirklichung entgegengeht. Geteilt ist aber bisher die Meinung in der Frage gewesen, welches von den verschiedenen Projekten zu wählen sei. Da hat es nicht nur in der Bürgerschaft, sondern auch unter den Stadtverordneten überrascht, daß der Magistrat diese Vorlage ohne weitere Vorbereitung, ohne vorherige Klärung der Nebenfragen gleich zur Beschlußfassung an die Stadtverordneten gebracht hat. Wir wissen aber jetzt, daß die Entscheidung der maßgebenden Stellen in Berlin plötzlich gefallen ist, und daß diese sich dabei auf das Seglerstraßen-Projekt festgelegt, und zwar so festgelegt habe, daß man an der Sache nichts weiter ändern kann, wenn man nicht das ganze Projekt gefährden will. Da hat es keinen Zweck, sich über die Vorzüge oder Nachteile der verschiedenen inbetracht kommenden Projekte heute hier zu streiten. Doch möchte ich es nicht unausgesprochen lassen, daß man gegen das Seglerstraßen-Projekt Bedenken erheben kann, welche nicht unterschätzt werden dürfen. Das eine Bedenken wäre, ob die Ausnutzungsmöglichkeit für unsere städtische Uferbahn nicht durch die Brücken-

anlage im Zuge der Seglerstraße beeinträchtigt werden kann. Die Uferbahn wird bei der weiteren Entwickelung der Weichselschiffahrt, welche wir gerade jetzt erhoffen, in ihrer Bedeutung für Thorn noch steigen, umsomehr ist es nötig, daß wir uns ihre volle Ausnutzungsmöglichkeit erhalten. Zweitens ist für den Straßenverkehr der Innenstadt eine zu starke Überlastung zu befürchten, wenn die Br...nstraße auch noch den Verkehr zu und von der Weichselbrücke aufnehmen soll. Schon in den letzten Jahren vor dem Kriege haben wir bei der Zunahme der Autos und Droschken mit einer Verstopfung des Straßenverkehrs in der Br...enstraße zu kämpfen gehabt, und diese wird in Zukunft noch schlimmer werden, wenn auch kaum etwas dadurch geändert werden dürfte, daß man den Marktverkehr von dem Altstädtischen Markte wird hinwegnehmen müssen. Übrigens glaube ich nicht, daß man den Wochenmarkt nach der Neustadt verlegen wird; man wird wohl eine Markthalle bauen wollen, wenn es soweit ist. Im übrigen aber will ich gerne anerkennen, daß aus den Mitteilungen des Herrn Oberbürgermeisters über die Vorverhandlungen wegen der verschiedenen Projekte hervorgeht, daß der Magistrat ein größeres Eintreten für die Interessen der Neustadt gezeigt hat, als man bisher in der Bürgerschaft der Neustadt angenommen hat, wofür die Neustädter dem Magistrat gewiß dankbar sein werden. Aber im ganzen und großen bleibt doch bestehen: So groß der Vorteil der Seglerstraßen-Brücke für die Altstadt ist, so groß wird der Nachteil für die Neustadt sein, wenn die alte Brückenverbindung über die Weichsel in Wegfall kommt; und deshalb möchte ich zugleich im Namen mehrerer anderer Stadtverordneten einen Zusatzantrag als Dringlichkeitsantrag stellen, der mir nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters über die zukünftige Fürsorge für die Neustadt leicht gemacht ist. Ich stelle folgenden Antrag:

„In Rücksicht auf die wirtschaftlichen Schädigungen, welche von dem Neubau einer Weichselbrücke im Zuge der Seglerstraße und dem Wegfall der alten Brückenverbindung über die Weichsel für die Neustadt zu befürchten sind, wird der Magistrat ersucht, nach Beendigung des Krieges baldmöglichst das Projekt des Durchbruchs Mocker-Neustadt im Zuge der Roonstraße zur Ausführung zu bringen."

Wenn diesem Antrage zugestimmt wird, glaube ich annehmen zu können, daß die Magistratsvorlage einstimmig zur Annahme gelangen wird, was bei ihrer Wichtigkeit zu wünschen ist. Und dann wird man in der Bürgerschaft sicher einmütig dem Magistrat für seine Bemühungen und für seinen Erfolg in der Brücken-Angelegenheit Dank wissen. Oberbürgermeister Dr. Hasse: Ich habe bereits erklärt, daß der Walldurchbruch im Zuge der Roonstraße seitens der Stadt projektiert ist; die Kosten hierfür sind in der seinerzeit beschlossenen Anleihe schon enthalten. Der Annahme des Antrages Wartmann steht somit garnichts im Wege; der Magistrat wird sich für baldmöglichen Beginn der Durchbruchsarbeiten einsetzen. Bezüglich des Verkehrs der Uferbahn ist es selbstverständlich, daß dieser durch den Brückenbau in keiner Weise behindert werden darf. Die Brücke kommt so hoch zu liegen, daß eine Behinderung nicht eintritt. Selbst aber, wenn durch den auf die Ufermauer zu stehen kommenden zweiten Pfeiler der Uferbahn einige Meter Raum verloren gingen, ist der Vorteil der Führung der elektrischen Straßenbahn über die Brücke nach dem Hauptbahnhof ein so großer, daß der kleine Nachteil garnicht ins Gewicht fällt. Bezüglich der Unterhaltung der Brücke wiederhole ich die vom Berichterstatter gemachten Angaben. Wir hatten die Unterhaltung zunächst abgelehnt, da sie uns aber zur Bedingung gemacht wurde, blieb nichts anderes übrig, als uns darein zu fügen. Da wir indes das Brückengeld erheben dürfen, hoffen wir, die Unterhaltungskosten damit decken zu können. Besonders möchte ich darauf aufmerksam machen, daß wir aber nur die gewöhnlichen Unterhaltungskosten tragen, nicht die ungewöhnlichen, und ich möchte bitten, daß die Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat in dieser Beziehung beitritt. Der Vorsteher erklärt, über den Antrag Wartmann könne nur beschlossen werden, wenn dieser als Dringlichkeitsantrag anerkannt würde. Die Versammlung beschließt hierauf einstimmig die Dringlichkeit des Antrages. Stv. Borkowski: Auch ich betrachte das Projekt als eine glückliche Lösung, möchte aber nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß alle neuzeitlichen Einrichtungen der letzten Jahrzehnte stets der Altstadt, nie aber der Neustadt zugute gekommen sind. Es ist nicht zu bestreiten, daß der Verkehr der Neustadt bedeutend zurückgegangen ist. Aus den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters habe ich mit Freude feststellen können, daß den Neustädtern der Stadtbahnhof verbleibt; was aber nützt uns schließlich der Bahnhof, wenn der Hauptverkehr sich ihm entzieht? Die Ansicht, der gesamte Marktverkehr der Altstadt würde nach der Neustadt verlegt werden, kann ich nicht teilen; denn ich glaube, daß wir über kurz oder lang eine Markthalle erhalten werden. Zu begrüßen ist, daß die alte Brücke bestehen bleibt, auf der sich dann der Verkehr der Landbevölkerung aus Rudak und Stewken abspielt, die ihre Einkäufe in der Neustadt machen wird. Die Hindenburgstraße bedeutet für die Neustadt keinen nennenswerten Vorteil, da der Verkehr durch die Durchbrüche abgelenkt wird und sich demnach nach der Altstadt zieht. Anfragen möchte ich deshalb, ob es nicht möglich ist, die Straßenbahn der Linie Mocker nach der Neustadt durchzuführen, wodurch die von Stv. Wartmann befürchtete Verkehrsbelastung der Altstadt abgeschwächt werden würde. Stv. Krause: Bezüglich des Durchbruchs Roonstraße muß auch ich sagen, daß für Mocker kaum ein größeres Bedürfnis besteht, und ich bitte, das Projekt nach dem Antrage Wartmann so bald wie möglich zur Ausführung zu bringen. Entgegen der Auffassung des Stv. Borkowski halte ich es für richtiger, wenn die Straßenbahn Mocker weiterhin nach dem Mittelpunkt der Stadt, der Altstadt, führt, da sich dort die wichtigsten öffentlichen Gebäude befinden; umso nötiger wird dies sein, wenn wir nun noch die neue Brücke im Zuge der Seglerstraße bekommen. Ich bitte sogar, schon heute eine Durchführung der Straßenbahn Mocker-Altstadt nach dem Hauptbahnhof ins Auge zu fassen. Stv. Dombrowski: Nach den Ausführungen des Herrn Stv. Wartmann erübrigt sich eine Erörterung über die Linienführung der neuen Brücke. Die Gegner, die eine Schädigung davon für andere Stadtteile befürchten, müssen sich mit der unabänderlichen Tatsache abfinden. Jedenfalls erkennen auch sie mit vollem Danke die vom Magistrat und besonders von dem Herrn Oberbürgermeister geleistete Arbeit in der Brückensache und den Erfolg an. Neustadt und Altstadt sind darin einig. Es handelt sich jetzt darum, den Nachteilen, die für die Neustadt aus der Linienführung der Brücke sich ergeben müssen, soviel als möglich zu begegnen. Und da haben wir die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters, daß der seit langen Jahren von der Neustadt erstrebte Durchbruch von der Roonstraße nach Mocker nur zur Ausführung gelangen soll. Die von ihm hier ausgesprochenen warmen Worte der Fürsorge für diesen Stadtteil verdienen unser Vertrauen. Und so ist zu hoffen, daß dieses Werk ebenso entschieden gefördert werden wird, wie der Brückenbau. Stv. Grunwald: Die Ausführung des seit 40 Jahren angestrebten Brückenbaues wird auch von der Neustadt freudig begrüßt werden, desgleichen das Verbleiben der alten Brücke, von der doch die Existenz eines großen Teils der Bürgerschaft abhängt. Den Durchbruch Roonstraße bitte auch ich mit möglichster Beschleunigung zu betreiben. — Die Debatte schließt, und es wird zur Abstimmung geschritten. Nach Verlesung des nunmehr schriftlich eingebrachten Dringlichkeitsantrages der Stvv. Wartmann, Dr. Saft, Grunwald, Gerdom, Willimczik und Engel wird zunächst die Magistratsvorlage und sodann der Antrag Wartmann einstimmig angenommen. Der Vorsteher glaubt im Sinne der Stadtverordnetenversammlung zu handeln, wenn er dem Herrn Oberbürgermeister Dr. Hasse für die Wärme und Energie, mit der er sich für die Sache eingesetzt, den Dank der Versammlung ausspreche. (Bravo!) Stv. Sanitätsrat Dr. Wolpe bemerkt noch nach dem erfreulichen Abschluß dieser mit soviel Ruhe geführten und würdig verlaufenen Debatte möchte er den Magistrat doch bitten, in Zukunft bei so wichtigen Vorlagen zur besseren Vorbereitung mit den Stadtverordneten vorher Fühlung zu nehmen. Zu der Konferenz, die hier am 26. 1. stattfand, hätte von der Stadtverordnetenversammlung wenigstens doch der Herr Vorsteher miteingeladen werden können. Herr Oberbürgermeister Dr. Hasse erwidert, die Einladungen zu der Konferenz seien vom Herrn Regierungspräsidenten ausgegangen, und er, Redner, habe nicht gewußt, auf welchen Teilnehmerkreis sie sich erstreckten. Im übrigen habe er für den ausgesprochenen Wunsch durchaus volles Verständnis.

Schaffung der Stelle eines städt. Krankenhausinspektors.

Der Berichterstatter des Verwaltungs- und Finanzausschusses, Stv. Dombrowski, führt bei Erläuterung der Vorlage aus, daß an die Leistungsfähigkeit der Krankenhausverwaltung derartige Anforderungen gestellt sind, daß die Schaffung einer solchen Stelle, die bereits im Jahre 1915 in der Versammlung erörtert wurde, dringend notwendig erscheint. Es sei beabsichtigt, die Stelle mit einem Anfangsgehalt von 3000 Mark, steigend bis zu 4800 Mark, auszuschreiben. Stv. Sanitätsrat Dr. Wolpe: In letzter Debatte war ich Gegner der Anstellung eines Inspektors, doch habe ich inzwischen meine Ansicht geändert, da die Sitzung der Krankenhaus-Deputation inzwischen den Beweis geliefert hat, daß eine männliche Kraft tatsächlich nötig ist. Nötig ist aber auch, daß der Magistrat für Abtrennung der Geschäftsführung vom Büro II sorgt und die Geschäftsführung nach dem Krankenhause verlegt wird. Angebracht wäre es ferner, eine richtige Buchführung, die die Einnahmen und Ausgaben erkennen läßt, sowie ein Inventar-Verzeichnis aufzustellen. Nötig ist ferner eine größere Zentralisierung der Krankenhausverwaltung und Aufsichtführung durch einen Dezernenten. Ich bin überzeugt, daß wir dann auch an der Krankenhausverwaltung, die bisher ein Schmerzenskind der Stadt war, Freude erleben werden. Juristischer Hilfsarbeiter Assessor Dr. Becker: Der nächsten Sitzung wird bereits eine diesbezügliche Vorlage zugehen, sodaß über die Vorschläge beraten werden kann. Stv. Sanitätsrat Dr. Saft: Auch ich bitte, der Errichtung einer Krankenhausinspektorstelle, für die ich gleich von vornherein gewesen bin, zuzustimmen, und schlage ferner die Einführung der in den militärischen Lazaretten üblichen Formen in der Speisenverabfolgung vor, wodurch die Kontrolle in der Verwaltung wesentlich erleichtert wird. Die Versammlung erteilt darauf der Vorlage ihre Genehmigung. — 14) Vornahme der

Ergänzungswahlen für die unbesoldeten Stadträte Herren Dietrich, Laengner, Asch, Ackermann und Hentschel,

deren Wahlzeit am 16. Mai 1918 abläuft. Berichterstatter Stv. Krause teilt mit, daß der Ausschuß die Wiederwahl der ausscheidenden Herren, die sich sämtlich in ihren Ämtern bewährt haben, vorschlage. Die durch Stimmzettel erfolgende Wahl hatte folgendes Ergebnis: Stadtrat Dietrich 25 von 28 abgegebenen Stimmen. Laengner 27, Asch 19, Ackermann 17 und Hentschel 23 Stimmen, sodaß sämtliche Herren wiedergewählt sind. — 15) Kenntnisnahme von dem

Dankschreiben für die Übersendung der Honigkuchen an die Frau Kronprinzessin.

Die Versammlung nimmt Kenntnis von folgendem vom Berichterstatter verlesenen Dankschreiben des kaiserlichen Oberhofmarschallamtes:

Ihre kaiserliche und königliche Hoheit die Frau Kronprinzessin beauftragte mich, den Vertretern der Stadt Thorn für die Höchstihr zum Jahreswechsel übermittelten freundlichen Glück- und Segenswünsche Höchstihren Dank auszusprechen. Auch hat Ihre kaiserliche Hoheit den vorzüglichen Honigkuchen, wie alljährlich, gern entgegengenommen. Leider war das Glückwunschschreiben für die Frau Kronprinzessin versehentlich in das Hauptquartier Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen gelangt, sodaß erst heute die Beantwortung erfolgen konnte.

von Stülpnagel.

— 16) Kenntnisnahme von der Mitteilung des Stadtbauamtes, nach welcher die Doppelfenster im Lyzeum und Oberlyzeum nahezu sämtlich eingesetzt sind. Wie der Berichterstatter ausführt, sind die Doppelfenster im Lyzeum und Oberlyzeum während der Weihnachtsferien in den einzelnen Klassenzimmern eingesetzt worden; in den Zimmern der Lehrer und Lehrerinnen werde diese Arbeit während der Osterferien vorgenommen werden. Die Mitteilung erfolge mit Rücksicht auf die vom Stv. Borkowski geäußerte Meinung, daß, wie er vorausgesagt, die Ausführung der Arbeit in diesem Winter nicht möglich sein werde. Stv. Borkowski: Ich habe nicht nur von den Fenstern des Lyzeums und Oberlyzeums sondern auch von der Mädchenmittelschule gesprochen. Im übrigen möchte ich bemerken: Ich habe in den Stadtverordneten- und Kommissionssitzungen den Eindruck gewonnen, daß die Ratschläge von Fachleuten nicht genügend Berücksichtigung und bei den Stadtverordneten zu wenig Unterstützung finden. Dieselbe Erscheinung haben wir gegenwärtig wieder bei dem städtischerseits zum Verkauf gelangenden Brennholz, das, obgleich ich bereits in der Kommissionssitzung darauf hinwies, zu derartig hohen Preisen abgesetzt wird, daß das Holz keine Käufer findet und deshalb wie sauer Bier ausgeboten wird, ebenso, wie seinerzeit die Marmelade. Es ist sicher, daß wir Hunderttausend Mark bei der Sache einbüßen werden. Da ein Raummeter, der nur einen Heizwert von 2 Zentnern Kohle besitzt, die für 6 Mark zu haben sind, 46 Mark kostet, so erreicht man, sofern man Steinkohlen brennt, mit 6 Mark genau soviel, wie mit 46 Mark. Ich gebe Ihnen zu bedenken: verkaufen Sie das Holz billiger! Behalten wir das Holz bis zum nächsten Jahre, in dem, so hoffen wir, der Krieg zu Ende sein wird, dann erleidet die Stadt eine schwere Einbuße, weil es in diesem Falle zu ganz erheblich billigeren Preisen verkauft werden muß. Der stellv. Vorsteher Stv. Dombrowski bemerkt, er habe den Vorredner nicht unterbrechen wollen, müsse aber doch darauf hinweisen, daß die Holz-Angelegenheit nicht mehr zur Vorlage gehöre. Oberbürgermeister Dr. Hasse: Ich halte es, obgleich die Sache nicht hierher gehört, für notwendig, dem Stv. Borkowski zu erwidern, daß die Forstverwaltung sich bei Festsetzung der Holzpreise der Marktlage anpassen mußte, und ich bin der Meinung, daß die Preise angemessen sind. Ob die Stadt, sofern eine Notlage eintritt, das Holz billiger verkaufen kann, ist eine zweite Sache. Wir können uns freuen, daß wir nicht, wie beispielsweise Königsberg, gezwungen sind, infolge der knappen Kohlenvorräte und Eingänge der Bevölkerung nur Holz zu liefern. Hätten wir nicht Tag für Tag den Reichskommissar für Kohlenversorgung mit Telegrammen und Briefen bombardiert, hätten wir heute keine Kohlen. Wir wollen uns also freuen, daß wir nur wenig Holz gebrauchen. Stv. Wartmann bemerkt, Stv. Borkowski brauche keineswegs anzunehmen, daß die Ansicht von Fachleuten in der Stadtverordnetenversammlung keine Beachtung fände. Er für seine Person wenigstens habe der Meinung des Stv. Borkowski, als er warnte, die Doppelfenster einzusetzen, vollen Wert beigelegt und auch geschwankt, ob er der Magistratsvorlage zustimmen solle, was aber bei den Kriegsumständen doch geboten schien. Herr Borkowski möge sich also in seiner fachmännischen Kritik nicht beirren lassen. Andererseits könne man es aber verstehen, daß das Stadtbauamt jetzt seinen Standpunkt weiter vertrete. Die Versammlung nimmt darauf Kenntnis von der Mitteilung des Magistrats; ferner — 17) von dem Ergebnis der Kassenprüfungen im Monat Januar 1918. — 18) Kenntnisnahme von dem Ergebnis der Besichtigung des Siechenhauses Thorn-Mocker. Die Besichtigung hat, wie der Berichterstatter ausführt, zu Ausständen keinen Anlaß gegeben, doch ist die Tieferlegung der Wasserleitung erforderlich geworden, um ein Einfrieren zu verhüten. Auf die Bemerkung des Stv. Sanitätsrat Dr. Saft, daß mit Rücksicht auf die Überbelegung der Anstaltsräume an einen Erweiterungsbau des Siechenhauses gedacht werden müsse, erwidert Oberbürgermeister Dr. Hasse, daß das Bauamt bereits vor dem Kriege einen Kostenanschlag ausgearbeitet und die Sache auch bereits durchgesprochen sei, daß aber an eine Erweiterung erst nach dem Wiedereintritt normaler Zeiten gedacht werden könne. Die Versammlung nimmt daraufhin von dem Ergebnis der Besichtigung Kenntnis. — 19) Zustimmung zur Verlängerung des Pachtvertrages über Fischerei- und Eisnutzung im Toten Weichselarm mit dem Schiffsführer Joseph Stefanski auf weitere 2 Jahre vom 1. April 1918 ab und Ermäßigung des Pachtzinses für die Eisnutzung auf jährlich 500 Mark. Nach den vom Berichterstatter gegebenen Erläuterungen ist der Eisbedarf mit Rücksicht auf die geringe Menge des heute hergestellten Bieres so erheblich zurückgegangen, daß der aus der Eisnutzung von dem Pächter erzielte Erlös der Pachtsumme nicht mehr entspricht; und auch die Fischereinutzung hat in ihrer Ausgiebigkeit erheblich nachgelassen, da vielfach verbotenerweise gefischt wird. Der Pächter der bisher eine Jahrespacht von 1520 Mark zahlt, bittet deshalb, den für den Winter 760 Mark betragenden Pachtzins auf 500 Mark zu ermäßigen und ihm die Fischerei- und Eisnutzung unter diesen Bedingungen bis zum 1. April 1920 zu belassen. Die Garten-Deputation und der Magistrat haben dem Antrag zugestimmt, und der Ausschuß empfiehlt die Annahme. Nach Befürwortung durch den Dezernenten Stadtrat Weese führt Stv. Meinas aus: Auch ich befürworte eine Ermäßigung des Pachtzinses. Die Fische sind anerkanntermaßen ein großer Faktor der Volksernährung geworden. Neuerdings sind jedoch Klagen laut geworden, daß der Fischbestand der Gewässer im Abnehmen begriffen ist. Das kann natürlich nicht ausbleiben, wenn, wie es heute geschieht, Fische zum Verkauf gelangen, die die Größe von Regenwürmern haben und früher von den Fischern wieder in die Gewässer zurückgeworfen wurden. Der Magistrat sollte deshalb, um die Gewässer neu zu beleben, sich mit dem Westpreußischen Fischerei-Verein, dessen Mitglied wir ja sind, zwecks Beschaffung von Fischbrut in Verbindung setzen. Weiter würde es sich empfehlen, daß der Magistrat sich mit der Fortifikation in Verbindung setzt, um die stillen Gewässer, wie die Festungsgräben und den Grützmühlenteich, in denen eine Karpfenzucht betrieben werden könnte, nutzbar zu machen. Bei Vermoderungen ist eine öftere Reinigung der Gewässer am Platze. Der Herr Oberbürgermeister weiß ja wohl von Breslau her die Vorteile einer rationellen Teichwirtschaft zu schätzen. Stadtrat Weese: Bereits im vorigen Jahre sind wir mit verschiedenen Genossenschaften in Verbindung getreten, konnten jedoch keine Karpfen bekommen. Zu bedenken ist auch, daß vielfach die Fische gestohlen werden, wie es häufig im Schwanenteich vorgekommen ist. Die vom Vorredner vorgeschlagene Reinigung ist mit außerordentlich großen Kosten verknüpft. Es können zur Belebung mit Fischen auch nur die Festungsgräben infrage kommen, da der Grützmühlenteich die Abwässer der Spritfabrik in Mocker aufnimmt, welche ein Fischsterben hervorrufen. Oberbürgermeister Dr. Hasse: In Breslau hat sich die im alten Stadtgebiet eingerichtete Karpfenzucht allerdings sehr bewährt. Zwar kann man den Karpfen nicht gut als „Volksnahrungsmittel" bezeichnen, und die Sache wird in Breslau auch eigentlich mehr des Vergnügens wegen betrieben (Heiterkeit); doch werden wir gern der Anregung des Stv. Meinas folgen. Die Versammlung stimmt darauf dem Antrage zu. — Schluß der öffentlichen Sitzung 6½ Uhr.

In geheimer Sitzung wurde eine monatlich laufende Unterstützung von 10 Mk. an die Privatlehrerin Brohm als Kriegsteuerungszulage bewilligt. — Schluß 7 Uhr.